Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 151 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Donnerstag, 30. Juni 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Umzug- und Uniformbestimmungen

Zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932

Amtlich wird aus Berlin, 29. Juni, gemeldet: Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden

1. allgemein nur für bestimmt abgegrenzte Ortsteile,

2. im übrigen nur im Einzelfalle.

Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

(2) Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung kennzeichnet, darf von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art treten außer Kraft.

(3) Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Abs. 1 Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Aenderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

§ 2

Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 3

Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I Seite 297) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1

(1) Oeffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

(2) Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

(3) Oeffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

(4) Ausgenommen sind gewöhnliche Leichenbegängnisse, die hergebrachten Züge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten.

(5) Eine Anordnung nach Abs. 2, 3 kann nach den Bestimmungen des Landesrechtes angefochten werden.

§ 2

(1) Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

2. wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

(2) Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1, 2 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist

§ 3

Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§ 1 Abs. 3) nicht sofort entfernt.

Eine amtliche Verlautbarung zu der neuen Notverordnung

hat folgenden Wortlaut:

„Mit der am 29. Juni in Kraft getretenen zweiten Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen haben die Maßnahmen der Reichsregierung auf diesem Gebiete ihren Abschluß gefunden. Allgemeine Verbote von Umzügen und des Tragens einheitlicher Kleidung können hinfort für das ganze Reich oder einzelne Teile nur noch vom Reichsminister des Innern erlassen werden. Die Pflicht und das Recht, Maßnahmen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung im Einzelfalle zu treffen, liegen den Ländern ob, welche allein über Polizeikräfte verfügen, während das Reich Exekutivorgane nicht besitzt. Die zur Sicherung von Ruhe und Ordnung für die Länder notwendigen Grundlagen sind ihnen ausdrücklich in der Ausführungsverordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 zu § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 gewährleistet.

Diese Regelung entspricht der Reichsverfassung, welche grundsätzliche Regelungen dem Reich, Ausführungen den Ländern überwiesen hat. Die Materie ist jetzt abschließend und grundsätzlich reichsrechtlich geregelt, die Zuständigkeiten sind klar. Von einem unzulässigen Eingriff in die Rechte der Länder kann bei dieser Sachlage keine Rede sein.

Der Reichsminister des Innern hat diese Aufgabe in vollem, nie getrübten Einvernehmen mit dem Gesamtkabinett durchgeführt. Es hat dabei kein Schwanken und kein Nachgeben vor Einflüssen von irgendeiner Seite gegeben. Das einmal klar erkannte Ziel ist mit der in einer so wichtigen Sache unbedingt notwendigen Ruhe und Sachlichkeit erreicht worden.

Nachdem sich nach Erlaß der Verordnung vom 14. Juni 1932 gezeigt hatte, daß einige Länderregierungen nicht geneigt waren, ihre allgemeinen Umzugs- und Kleidungsverbote aufzuheben, wurde auf den frühesten Termin, der möglich war, auf den 22. Juni dieses Jahres eine Besprechung der Polizeiminister der Länder anberaumt, in der nach ausgiebiger Aussprache der Reichsinnenminister an die Länder das Ersuchen richtete, von sich aus die der Reichspolitik widerstrebenden Verbote aufzuheben. Mit Rundschreiben vom 23. Juni ist dieses Ersuchen schriftlich wiederholt worden mit der Bitte, bis zum 28. Juni morgens die endgültige Antwort dem Reichsinnenminister zu übermitteln. Mit einigen Ländern haben in der Zwischenzeit noch nötige Aussprachen stattgefunden. Nachdem am 28. dieses Monats die Antworten vorlagen und amtlich feststand, daß einige Regierungen an ihren allgemeinen Verboten festhielten, wurde der Verordnungsentwurf zur endgültigen Regelung dem Reichspräsidenten vorgelegt und von ihm vollzogen.

Der Versuch, zunächst im Verhandlungswege zwischen Reich und Ländern eine Verständigung zu erzielen, ist mit Unrecht von einem Teil der Oeffentlichkeit getadelt worden, denn er entsprach nicht nur den bisher in Deutschland üblichen Gepflogenheiten des Verkehrs zwischen Reich und Ländern, sondern war ein Gebot politischer Notwendigkeit. Die Regierungen der deutschen Länder und seine nachgeordneten Stellen des Reichsinnenministeriums, denen Befehle und Erlasse zugestellt werden, sondern selbständige, verfassungsmäßige Organe der Glieder des Reiches. Erst nachdem der Weg der Verhandlung nicht zum Ziel geführt hatte, schien eine reichsgesetzliche Regelung durch Verordnung am Platze. Die in der Oeffentlichkeit fühlbare Aufregung, die besonders in Versammlungsreden und Presseäußerungen Süddeutschlands bedauerlicherweise zu Tage trat, entbehrt der inneren Berechtigung. Es handelt sich hier nicht um eine angeblich willkürliche Vergewaltigung der Länderrechte, sondern um die reichsrechtliche Regelung einer innerpolitischen Frage für das ganze Reich, wie sie regelmäßig dann vorgenommen werden muß, wenn die Verschiedenheit der Rechtsverhältnisse untragbar geworden ist. Dieser Zustand war in der Behandlung großer, über das ganze Reich verbreiteter Parteien und Verbände zu Tage getreten und bedurfte dringend der Abhilfe. Die Maßnahmen der Reichsregierung waren auch nichts neues. Die Verordnungen z. B. über das Verbot der einheitlichen Kleidung und die Aufhebung der SS. und SA. sind vor Monaten vom Reich gegen den Willen einzelner Länder erlassen und durchgeführt worden, ohne daß ein Einspruch gerade der Länder erfolgt wäre, deren Bevölkerung heute zum Teil in den neuen Verordnungen eine Vergewaltigung sehen zu müssen glaubt. Nach den Erklärungen der einzelnen Regierungen besteht bei der Reichsregierung kein Zweifel, daß die neuen Verordnungen als Reichsrecht auch loyal durchgeführt werden.

Die vielfach geäußerten Bedenken gegen die wieder gewährten Freiheiten sind übertrieben. Es war vorauszusehen, daß in der Uebergangszeit hier und da Schwierigkeiten eintreten würden, bis die Oeffentlichkeit sich an die veränderten Verhältnisse gewöhnt hat. Dieser Uebergang ist von kommunistischer Seite zu Ueberfällen und örtlichen Störungen der Ordnung planmäßig benutzt worden. Die energische Abweisung dieser Störungsversuche ist allein Sache der Länder, deren Polizei stark genug ist, diese Aufgabe zu erfüllen. Die Reichsregierung hat zurzeit keine Veranlassung, irgendwelche Ausnahmemaßregeln zu ergreifen. Sie wird die Entwicklung genau beobachten und, falls wider Erwarten die Gefahr ernster Ruhestörungen ihre Schatten vorauswerfen sollte, nicht zögern, das dann Notwendige zu tun.

An die politischen Parteien und die Presse aller Richtungen muß die ernste Mahnung ergehen, die Dinge ruhiger als bisher zu betrachten und zu besprechen. Es liegt nicht im Interesse Deutschlands, das Gespenst von Unruhen immer wieder aus parteitaktischen Erwägungen an die Wand zu malen. In diesem Augenblick entscheidender außenpolitischer Verhandlungen sind Selbstdisziplin und Ruhe notwendiger denn je. Es ist zu hoffen, daß die Ruhe und Festigkeit, mit denen die Reichsregierung diese innerpolitischen Fragen heute behandelt, von der deutschen Oeffentlichkeit verstanden und auch von ihr gewahrt werden."

Ersuchen um Zeitungsverbote

auf Grund der Notverordnungen gegen politische Ausschreitungen

Der Reichsminister des Innern hat den preußischen Innenminister schriftlich ersucht, die „Kölnische Volkszeitung" und den „Vorwärts" auf je fünf Tage zu verbieten. In dem Schreiben des Reichsinnenministers heißt es zur Begründung des Ersuchens u. a.:

Die „Kölnische Volkszeitung" berichtet in ihrer Nummer vom 26. Juni d. J. unter den Ueberschriften „Schwere Mißgriffe des Reichskanzlers", „Ist Herr von Papen noch als Delegationsführer möglich?" über die Unterhaltung, die der Reichskanzler in Lausanne mit dem Vertreter eines ausländischen Blattes geführt hat.

Mit der Behauptung, daß der Reichskanzler in diesem „Interview" eine auswärtige Macht zur Benutzung der inneren Schwierigkeiten Deutschlands eingeladen habe, wird der ungeheuer schwere Vorwurf erhoben, daß der Reichskanzler einer auswärtigen Macht nahegelegt habe, die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands zu ihren Gunsten auszunutzen. Dieser Vorwurf enthält eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichskanzlers.

In dem gleichen Artikel wird behauptet, daß der Reichskanzler dem französischen Journalisten Lausanne erklärt habe, er erkenne an, daß Frankreich bei einer sogenannten Liquidation der Reparationen Anspruch auf eine Kompensation habe. Die Behauptungen der „Kölnischen Volkszeitung" über den Inhalt des Interviews sind unwahr. Durch die Veröffentlichung sind lebenswichtige außenpolitische Interessen des Reiches in einem Augenblick entscheidender Verhandlungen mit fremden Mächten gefährdet worden.

Der „Vorwärts" hat kürzlich in der anliegenden als Flugblatt erschienenen Sondernummer unter der Ueberschrift „Volk, du mußt zahlen, damit die SA. paradieren kann!" u. a. folgende Ausführungen gemacht:

„SA. kriegt neue Uniform! Wer bezahlt? Dunkles Geheimnis! Die preußische Polizei muß ihre Kleiderbedürfnisse zurückstellen und in diesem Jahr noch die alten Sachen auftragen, weil das Geld für neue fehlt. Hitlers Privatarmee prangt in neuen Uniformen! Wiedererscheinen der SA. und neue Lasten von 1½ Milliarden hängen miteinander zusammen. Kein Invalide, kein Angestellten-, kein Knappschaftspensionär kann einen uniformierten SA.-Mann sehen, ohne an die Kürzung seiner Rente zu denken."

Es wird also hier erklärt, daß aus den Mitteln, die auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 aufgebracht werden, die SA. und die SS. neu eingekleidet werden sollen.

Kommunistischer Präsidentschaftskandidat verhaftet

Aus Los Angeles wird gemeldet: Der kommunistische Präsidentschaftskandidat William Fodler wurde unter dem Verdacht von strafbarem Syndikalismus verhaftet.

Der „Vorwärts" bringt nun in Nr. 295 eine Karikatur mit der Ueberschrift: „Paul Hitler" und mit der Unterschrift „Siehste Paul, dafür haben sie uns die Rente gekürzt." Diese Unterschrift kann in Verbindung mit der vorher erwähnten Behauptung nur dahin verstanden werden, daß die SA. und SS. auf Kosten der Rentenempfänger wieder erstanden sind. In dieser Behauptung liegt eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der für die Notverordnung verantwortlichen Stellen, des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

*

Der preußische Innenminister ist nach einer Contimeldung bereits in die Prüfung des Ersuchens des Reichsinnenministers eingetreten. Für die Erledigung der Angelegenheit gelten die Bestimmungen der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni. Der einschlägige § 7, Ziffer 3, lautet:

Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen, glaubt die oberste Landesbehörde, einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens, dem Reichsminister des Innern mit und ruft innerhalb derselben Frist die Entscheidung des Senates des Reichsgerichts an. Erklärt dieser das Verbot für zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen. Eine Beschwerde gegen ein auf Ersuchen des Reichsministers des Innern angeordnetes Verbot kann die oberste Landesbehörde nicht erheben.

Preußen lehnt ab

Obgleich die Entscheidung der Preußischen Staatsregierung über das Ersuchen des Reiches noch nicht offiziell bekannt gegeben ist, steht, wie das Contibüro berichtet, nach Mitteilungen von gut unterrichteter Seite schon jetzt fest, daß die Preußische Staatsregierung nicht die Absicht hat, dem Ersuchen zu entsprechen. Innerhalb der Staatsregierung fanden Besprechungen statt, die dieser Frage galten. Danach wird Preußen dem Reich eine entsprechende Antwort übermitteln und das Ersuchen gleichzeitig mit der Darlegung des preußischen Standpunktes an den zuständigen Senat des Reichsgerichts weiterleiten, der dann die staatsrechtliche Entscheidung trifft.

Reichsetat als Notverordnung

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, den Reichsetat für das laufende Etatsjahr durch Notverordnung zu verabschieden, da angesichts der parlamentarischen Lage eine ordnungsmäßige Erledigung des Etats aller Voraussicht nach noch Monate dauern würde, andererseits aber ein ständiges Verlängern des Notetats durchaus unzweckmäßig erscheint.

Der Etat schließt

in Einnahme und Ausgabe mit 8,2 Milliarden

ab. Das bedeutet gegenüber dem vorjährigen Etat eine Minderung um 1,2 Milliarden und gegenüber dem Etat von 1930 eine solche von 3,7 Milliarden. Die 1,2 Milliarden setzen sich zusammen aus drei großen Posten, die äußeren Kriegslasten sind mit 400 Millionen, die Länderüberweisungen auf Grund der Steuersenkungen mit 200 Millionen und alle übrigen Reichsausgaben mit 600 Millionen geringer eingesetzt.

Die wesentlichsten Positionen

des Etats sind: 700 Millionen für die Besoldung sämtlicher Reichsbediensteten, einschließlich der Wehrmacht, 1,4 Milliarden für Renten und Pensionen, 145 Millionen äußere und 345 Millionen innere Kriegslasten, rund 500 Millionen für die Sozialversicherung, 930 Millionen für die Arbeitslosenfürsorge, 940 Millionen für den Reichsschuldendienst, einschließlich der außerordentlichen Schuldentilgung in Höhe von 420 Millionen, 190 Millionen Polizeikostenzuschüsse für die Länder und eine Milliarde für die übrigen Reichsausgaben. Dazu kommen rund 2,1 Milliarden Ueberweisungen an die Länder.

Abgesehen von der Umsatzsteuer sind

die Steueransätze

zum Teil sehr erheblich herabgesetzt worden. Die Umsatzsteuer ist auf Grund der in der Notverordnung vorgesehenen Erhöhung mit rund 1,8 Milliarden, das sind 86 Prozent mehr als im Vorjahre, eingesetzt. Die Mindereinsätze bei den übrigen Steuern betragen: Einkommensteuer 21 Prozent, Körperschaftssteuer 60 Prozent, Krisensteuer 57 Prozent (im vorigen Jahre 324, jetzt 140 Millionen), Vermögenssteuer 19 Prozent, Tabaksteuer 15 Prozent, Biersteuer 35 Prozent, und die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol 35 Prozent.

Die Reichsregierung ist sich, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, vollauf darüber klar, daß der in dem vorliegenden Etat gefundene Ausgleich durchaus nicht als ein Dauerausgleich angesehen werden kann, der allen Möglichkeiten des laufenden Etatsjahres gerecht wird. Einen besonderen Gefahrenpunkt in dieser Hinsicht bilden selbstverständlich trotz ihres Minderansatzes die Steuerschätzungen und außerdem natürlich auch die erhöhte Schätzung der Umsatzsteuer. Dazu kommt, daß die im Etat vorgesehene Garantiesumme für die Wirtschaft in Höhe von 20 Millionen möglicherweise nicht ausreichen wird.

Westdeutschland im Reichshaushalt

Aus dem neuen Reichsetat geben wir nachstehend einige Positionen wieder, die für Westdeutschland von besonderem Interesse sind. Es handelt sich um die Ansätze aus dem ursprünglichen Etatsentwurf, die z. T. durch nachträgliche Kürzungen der Regierung und durch die Beschlüsse des Reichsrats noch Aenderungen erfahren haben.

Im Haushalt des Ernährungsministeriums werden für die **Förderung des Weinbaues** und die Bekämpfung von Schädlingen des Weinbaues 1,5 Mill. RM. bewilligt. Die Mittel sollen vor allem zur Umstellung des Weinbaues auf die amerikanische Unterlagsrebe sowie zur wissenschaftlichen Erforschung und praktischen Durchführung der die Rebenzüchtung, Rebenveredelung, Weinbehandlung und so weiter betreffenden Fragen und zur Bekämpfung der Schädlinge des Weinbaues und seiner Krankheiten verwendet werden.

Im Haushalt des Wirtschaftsministeriums werden als vierter Teilbetrag für die **Förderung des Eisenerzbergbaues** an der Sieg, Lahn und Dill einschl. Oberhessen 400 000 RM. bewilligt.

Zur Begründung wird erklärt, daß die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage die Fortsetzung der staatlichen Hilfsmaßnahmen notwendig mache

Im Kriegslastenhaushalt

werden die aus den **Folgen der Besatzung** sich noch ergebenden Kosten angefordert. So sind 56 000 RM. vorgesehen als Fürsorge für die in den Betrieben der früheren Besatzungsmächte verunglückten deutschen Arbeiter nebst ihren Hinterbliebenen, rund 5,2 Mill. RM. vorgesehen an Ausgaben der Feststellungsbehörden des Westen in Durchführung der Besatzungsleistungs- und des Besatzungspersonenschädengesetzes. Hiervon entfallen 4,1 Mill. auf Entschädigungen auf Grund des Besatzungsleistungs- und eine Million auf Rentenzahlungen auf Grund des Besatzungspersonenschädengesetzes. Zur Begründung wird erklärt, daß die Erwartung, daß 1931 das Besatzungsleistungsgesetz durchgeführt werden würde, sich nicht erfüllt habe. Es schwebe noch eine Anzahl schwieriger Entschädigungsfälle, deren Abgeltung erst im Rechnungsjahr 1932 möglich sei. Doch sei anzunehmen, daß in diesem Jahre die Ausgaben größtenteils geleistet werden, so daß dann in der Hauptsache nur noch mit Ausgaben zur Durchführung des Personenschädengesetzes zu rechnen sein werde, die lange Jahre andauern werden. An sonstigen restlichen Kosten aus der Besatzungszeit werden 800 000 RM. ausgeworfen. Es handelt sich um restliche Kosten für die Instandsetzung der von der Besatzung benutzten Wohnungen und Gebäude, ferner um Ausgaben für noch schwebende Prozesse über Besatzungsschäden sowie um restliche Aufwertungs-, Lohn- und Straßenbaukosten aus der Besatzungszeit.

Der Etat enthält weiter einen Ansatz von zwei Millionen für sonstige Ausgaben, der zur Bestreitung von **Ausgaben für die Grenzgebiete** dienen soll, soweit besondere Mittel nicht zur Verfügung stehen. So sollen 900 000 Mark für die Umstellung der Handelsbetriebe des Röchling-Konzerns verwendet werden. Preußen soll einen gleichen Betrag dafür aufbringen.

An die **Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften** werden für die Verwaltung des Museums Alexander König in Bonn 55 000 Mark gegeben. Für den Ausbau des Museums enthält der Etat eine 4. Rate von 580 000 Mark. Davon sind im Jahre 1931 schon 300 000 Mark überplanmäßig bereitgestellt worden.

Der Beitrag für das **Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz** ist auf 74 000 Mark festgesetzt.

Als Reichszuschuß für die **Goethe-Feiern** des Jahres 1932 werden 30 000 Mark bewilligt.

Im Haushalt des Verkehrsministeriums werden 75 000 Mark als 1. Rate für den Umbau der kleinen **Schleuse Glessen** im Zuge des Dortmund-Ems-Kanals neu angefordert.

Für die Herstellung einer **2. Fahrt im Zuge des Dortmund-Ems-Kanals** in den Kreuzungen mit der Lippe und Stever werden 1,25 Millionen als 5. Teilbetrag zur Verfügung gestellt.

Für die **Vollendung des Mittellandkanals** werden weitere 12 Millionen ausgeworfen.

Als Beihilfe des Reiches für den Bau der **Rheinbrücken** bei Ludwigshafen, Speyer und Maxau wird ein sechster Teilbetrag von einer Million ausgeworfen.

Wird Henderson Generalsekretär des Völkerbundes?



Arthur Henderson,

bis zur Neubildung des Kabinetts Macdonald englischer Außenminister, seither Führer der Labour-Partei, soll als Nachfolger des scheidenden Sir Eric Drummond, des langjährigen Generalsekretärs des Völkerbundes, in Aussicht genommen sein.

Vor einer nationalsozialistischen Regierung in Hessen?

Das „Darmstädter Tageblatt" beschäftigt sich mit den Verfassungsbestimmungen über die Wahl des Staatspräsidenten und kommt zu dem Schluß, daß die Möglichkeit einer Regierungsbildung durch die Nationalsozialisten durchaus gegeben sei. Der Artikel geht davon aus, daß die drei bürgerlichen Abgeordneten der Einheitsliste und der Deutschnationalen Partei ohne weiteres geneigt, wahrscheinlich sogar eifrig bestrebt sein würden, die nationalsozialistische Partei in Hessen zur Herrschaft zu bringen, damit sie ihre Staatskunst beweisen könne. Die Möglichkeit, aus den 35 Stimmen, über die die Nationalsozialisten mit den bürgerlichen Abgeordneten verfügen, im Landtag die zur Wahl des Staatspräsidenten erforderliche Mehrheit zu bilden, sei keineswegs ein utopischer Gedanke. Bekanntlich sei ein kommunistischer Abgeordneter (Hammann) vor kurzem gerichtlich verurteilt und in Haft genommen worden und müsse auf Grund der gegen ihn erkannten Strafe voraussichtlich länger unfreiwillig dem Landtag fernbleiben. Durch dieses zufällige Ereignis erlange die Rechte mit ihren 35 Stimmen die absolute Mehrheit im Landtag und sei in der Lage, die Neuwahl des Staatspräsidenten für einen von ihr aufgestellten Kandidaten durchzusetzen und so der geschäftsführenden Regierung ein Ende zu machen, ohne daß es dabei eines Entgegenkommens des Zentrums bedürfe.

Rücktritt des südslawischen Kabinetts

Der schon seit einiger Zeit erwartete Rücktritt des südslawischen Kabinetts ist am Mittwoch erfolgt.

Ministerpräsident Marinkowitsch begab sich um 13 Uhr in das königliche Schloß nach Dedinje, wo er den Gesamtrücktritt der Regierung unterbreitete. König Alexander nahm das Rücktrittsgesuch an. Die neue Regierung wird vermutlich im Laufe des Donnerstags gebildet werden. Sie wird große Veränderungen aufweisen. Als neuer Ministerpräsident wird der bisherige Handelsminister Dr. Kramer und als Außenminister der derzeitige Hofminister Jeftitsch genannt.

Deutschlands Voraussetzungen

Was der Kanzler sagte

Eine Darstellung, die die französische Presse über die Dienstag-Verhandlungen der französischen, britischen und deutschen Delegation gibt, ist irreführend. Der tatsächliche Sachverhalt ist nach einem Bericht des Wolffbüros aus Lausanne der folgende:

Schon in seiner ersten Rede in der Plenarsitzung hat der Reichskanzler betont, daß es im Interesse der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse unumgänglich sei, mit dem System der Reparationen Schluß zu machen und daß aus eben diesen Gründen eine wie immer geartete Schlußzahlung Deutschlands nicht in Frage kommen könne. Als in den privaten Besprechungen zwischen den Delegationsführern der englische Premierminister den Reichskanzler darauf hinwies, daß die Forderung einer Anzahl von Delegationen auf die Zahlung einer Endentschädigung hinauslaufe, hat der Reichskanzler am 20. Juni Macdonald erklärt und auseinandergesetzt, weshalb und warum Deutschland einer solchen Schlußzahlung nicht zustimmen könne.

In der am 28. Juni stattgefundenen Verhandlung zwischen der britischen, französischen und deutschen Delegation richtete Macdonald die Frage an den Reichskanzler, ob er seinerseits nicht irgend etwas tun könne, um eine Endlösung herbeizuführen.

Der Reichskanzler

hat daraufhin ausgeführt:

Das Vertrauen der Welt könne nur wiederhergestellt werden, wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Diskrimination des Versailler Vertrages zu beseitigen. Wenn somit die Gleichberechtigung Deutschlands und die Sicherheit hergestellt werde, dann würde der Reichskanzler es für möglich halten, daß Deutschland an der allgemeinen Anstrengung zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft seinen Anteil in Form eines Beitrages zahle, der selbstverständlich die vollkommene Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Deutschland und der Welt zur Voraussetzung hat.

Die Besprechungen am Mittwoch

Wolff meldet unterm 29. Juni aus Lausanne zunächst: Im Laufe des heutigen Vormittags fanden drei gleichzeitige Besprechungen statt, bei denen sich der Reichskanzler und Herriot, der deutsche Wirtschaftsminister Professor Warmbold und der französische Handelsminister Julien Durand, Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk und der französische Finanzminister Germain Martin getroffen haben. Die beiden ersten Unterredungen dauerten etwa eine Stunde und verliefen in freundschaftlicher Form; die dritte Unterredung dauert noch an.

Eine weitere Meldung berichtet: Die Sitzung der sechs Mächte, die um 5 Uhr nachmittags begann, nachdem zuvor der Reichskanzler und Herriot bei Macdonald eine Stunde geweilt hatten, dauerte bis 5.55 Uhr. Anschließend findet eine Sitzung des Büros der Konferenz bei Macdonald statt. In diesem Büro sind die sechs einladenden Mächte durch je einen Delegierten vertreten. Die Konferenz geht morgen weiter, voraussichtlich jedoch nicht in Form einer Sechs-Mächte-Besprechung.

Bei Beendigung der Sitzung äußerten sich einzelne Teilnehmer in einem etwas optimistischeren Sinne als im Laufe des Vormittags. Macdonald kündigte „Nachtarbeit" für die Presse an.

Der belgische Ministerpräsident über die Weltwirtschaftskrise

Aus Brüssel, 29. Juni, wird berichtet: Nach einem Ministerrat, der den Lausanner Verhandlungen gewidmet war, gab Ministerpräsident Renkin eine wichtige Erklärung an die Presse ab, in der es u. a. heißt:

Das beherrschende Problem von Lausanne sei die Krise. Sie habe die Wirtschaft Deutschlands sowie der Staaten in Mittel- und Osteuropa zu tief erschüttert. Um das Vertrauen wiederherzustellen und die Wirtschaft zu beleben, müsse eine dauernde Regelung getroffen werden, und es gelte, aus der augenblicklichen Unsicherheit herauszukommen. Aber man müsse auch die Krise kennen und die wirtschaftliche Neuorganisation Europas und der Welt sichern. Die Regelung der politischen Schulden sei nur ein Element dieses Problems. Die wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellung könne nur im Rahmen eines allgemeinen Planes erreicht werden. Um die Weltwirtschaft wieder zu beleben gelte es, den Staaten, denen augenblicklich die finanziellen Mittel fehlen und deren Währungssystem bedroht sei, zu Hilfe zu kommen.

Dann wird der belgische Plan dargelegt und auf die Konvention von Ouchy zwischen Holland, Luxemburg und Belgien hingewiesen, wonach „alle Mächte die Möglichkeit haben, auf dem Fuße der Gleichberechtigung dieser Konvention beizutreten; diese kann daher schrittweise erweitert werden". Die belgische Initiative habe allgemeine Anerkennung gefunden.

Ueber die allgemeinen Ergebnisse von Lausanne erklärte Renking u. a.: „Bis jetzt ist kein Abkommen getroffen worden."

Deutschland besteht darauf, zu erklären, daß es nicht in der Lage ist, Zahlungen zu leisten, und ist der Ansicht, daß man aus der augenblicklichen Verwirrung nur durch die Streichung der zwischenstaatlichen Schulden herausgelangen kann. Diese These findet die Zustimmung Englands und Italiens.

Frankreich und Deutschland suchen eine Formel, welche Frankreich und den anderen Gläubigern Kompensationen verschaffen könnte. Dies ist das Problem, an dessen Lösung im Augenblick alle arbeiten.

Wie groß auch die zu überwindenden Schwierigkeiten sein mögen, die in Lausanne vertretenen Mächte sind einmütig der Ueberzeugung, daß ein Abkommen notwendig ist und daß man die Krise nur durch eine gemeinsame Aktion heilen kann.

Giornale d'Italia über das italienische Reparationsmemorandum

Giornale d'Italia befaßt sich mit den praktischen Seiten des italienischen Reparationsmemorandums. Als Hauptrichtlinien des Memorandums kennzeichnet es drei Punkte.

1. Italien verzichtet auf seine Vorteile aus den Reparationen, ohne deswegen auf einem anderen Gebiete besondere finanzielle Vorteile zu erhalten.
2. Der italienische Vorschlag wird organisch in das Weltkrisenproblem eingegliedert.
3. Italien will unter den Ländern Europas den guten Willen herstellen, den Amerika erwartet, um direkt intervenieren zu können.

Das Blatt gibt sich über die Fortschritte der Arbeiten auf der Lausanner Konferenz keinen übertriebenen Hoffnungen hin. Gleichwohl zweifelt es nicht an einer gerechten Lösung und erklärt, man müsse volles Vertrauen in die Weisheit der Regierungen und die Nützlichkeit des direkten Meinungsaustausches zwischen den Staatsmännern in Genf und Lausanne setzen.

Radikale und Herriots Stellung in Lausanne

In einer Sitzung der radikalen Kammerfraktion schlug der Abgeordnete Archimbauld die Annahme einer Vertrauenstagesordnung für Herriot vor. Der Vorsitzende Francois Albert befürwortete jedoch angesichts der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktion, möglichst einstimmig eine Tagesordnung anzunehmen. Diese wurde alsdann mit 88 gegen 12 Stimmen angenommen.

Die meisten Radikalen mäßen dieser Abstimmung, wie Havas meldet, die Bedeutung einer Vertrauenstagesordnung für Herriot bei, andere Radikale behielten sich jedoch ihre endgültige Stellungnahme bis zu dem Augenblick vor, an dem Herriot vor der Kammer erscheinen werde. Im übrigen werde, wie Havas meldet, Kolonialminister Albert Sarraut nach Genf reisen, wo er mit Herriot zusammentreffen wird, um über die Arbeiten der Konferenz unterrichtet zu werden.

„Die Konferenz geht weiter" — sagen die französischen Minister

Nach Abschluß der Konferenz am Mittwoch hielten zunächst die französischen Delegierten Germain Martin und Herriot eine kurze Ansprache an die Presse.

Der französische Finanzminister

erklärte, man sei

hier, um zu kitten";

die Konferenz gehe weiter „plus que jamais".

Herriot

fügte hinzu, daß die Absichten Macdonalds außerordentlich zweckmäßig seien, denn man könne nicht unausgesetzt im Rahmen einer Konferenz Gespräche zu zweien führen, ohne die übrigen Teilnehmer auf dem laufenden zu halten. Deshalb trete jetzt das Büro der Konferenz zusammen. Er habe seinerseits seine Abreise auf Freitag abend festgesetzt — wie wir von anderer Seite hören, wird vermutlich auch der Reichskanzler gleichzeitig wenigstens zeitweise nach Berlin zurückkehren — und könne noch nicht sagen, wie ihm die Finanzdebatte, die ihm in Kammer und Senat bevorstehe, die Vereinbarung seiner Aufgaben in Paris und Lausanne gestatte. Außerdem werde er Sonntag an der Ueberführung des Sarges von Briand nach Cocherel teilnehmen. Jedenfalls gehe aber die Konferenz weiter, und

er sei eher optimistisch gestimmt, er sehe einen geraden Weg vor sich und betrachte die Arbeit dieser Konferenz als eine notwendige und historische Funktion zur Herbeiführung des endgültigen Friedens.

Ueber die weitere Arbeit der Konferenz

verlautet nunmehr, ohne daß bisher ein amtlicher Bericht ausgegeben worden wäre, daß

das neugebildete Büro

aus je einem Mitglied der Delegationen der sechs einladenden Mächte die Aufgabe gestellt bekommt,

möglichst schon bis Donnerstag abend einen Ueberblick über den Stand der Reparationsfrage

zu geben und deren Lösung zu betreiben. Dieses

Die Abrüstungskonferenz

Die Frage der Internationalisierung der Zivilluftfahrt

Die amerikanische Delegation hat im Unterkomitee des Luftfahrtausschusses der Abrüstungskonferenz ihren Antrag, die eventuellen Internationalisierungsmaßnahmen bei der Zivilluftfahrt auf Europa zu beschränken, zurückgezogen. Der deutsche Vertreter wandte sich gegen diesen Antrag. Er erklärte, daß es unmöglich sei, die Frage der Internationalisierung der Zivilluftfahrt nur auf Europa abzustellen, nachdem in der Luftkommission die an sich sehr anfechtbare Meinung vertreten worden sei, daß Zivilluftfahrtzeuge unter gewissen Voraussetzungen als Waffe angesehen werden könnten. Man könne doch unmöglich leugnen, daß es gerade außereuropäische Waffen gewesen seien, die den Lauf des Weltkrieges entscheidend beeinflußt hätten, aber auch aus rein verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen sei es nicht möglich, irgendeine Vereinbarung über die allgemeine Gestaltung der Zivilluftfahrt auf Europa zu beschränken.

Die weiteren Beratungen des Unterausschusses der Luftkommission werden sich nunmehr den Maßnahmen zuwenden, die gegebenenfalls getroffen werden müssen, um eine Benutzung der Zivilluftfahrt zu militärischen Zwecken auszuschließen.

Appell des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Der Abrüstungsvorschlag Hoovers und die Ergebnisse der Lausanner Besprechungen veranlaßten den Internationalen Gewerkschaftsbund, an die Abrüstungskonferenz einen telegraphischen Appell zu richten, in welchem die in Genf versammelten Staatsmänner im Namen von mehr als 14 Millionen Arbeitern von neuem aufgefordert werden, die von den Regierungen versprochene Abrüstung sowie die Organisierung und Sicherung des Friedens zwischen den Völkern endlich zur Tat werden zu lassen.

Das Abrüstungskomitee der internationalen Frauenorganisationen

hat in Genf eine Resolution angenommen, in der die von den Vereinigten Staaten und von Italien angenommenen Vorschläge freudig begrüßt werden. In der Resolution heißt es: Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, begrüßen wir den Entwurf in seiner Gesamtheit und ganz besonders den Vorschlag, die nationalen Rüstungen um rund ein Drittel herabzusetzen. Wir wünschen, daß die Delegationen den Entwurf als Grundlage für die Ausarbeitung eines wirksamen Vertrages für die Abschaffung der Angriffswaffen annehmen, außerdem glauben wir, daß dieser bewundernswerte Schritt zugunsten einer annehmbaren Abrüstungskonvention auch Maßnahmen für eine budgetäre Begrenzung der Kontrolle der Waffenherstellung und des Waffenhandels und die Schaffung einer ständigen und mit unbedingter Autorität versehenen Abrüstungskommission enthalten sollte. Wir sind der Ansicht, daß eine derartige Abrüstung als Grundelement für eine allgemeine wirksame Aktion zur Organisierung des Weltfriedens darstellt. Als Frauen und Mütter sprechen wir nicht für uns, sondern für die Rasse.

Polen wünscht eine internationale Pressekonferenz

Ein von der Kommission für moralische Abrüstung eingesetzter Sonderausschuß hat sich mit der Frage der moralischen Abrüstung, soweit sie die Presse interessiert, beschäftigt. Die polnische Delegation schlug die Einberufung einer internationalen Pressekonferenz zur Prüfung dieser Frage vor. Auf Antrag des Direktors der Informationsabteilung des Völkerbundssekretariats Comert einigte man sich dahin, zunächst einmal inoffiziell die internationale Vereinigung der Völkerbundsjournalisten über die Angelegenheit zu befragen. Gegenstand der Beratungen der Weltpressekonferenz, die nach den Wünschen der polnischen Regierung möglichst bald einberufen werden soll, wäre nach dem polnischen Antrag der Abschluß eines internationalen Abkommens der Presseverbände, worin diese sich zu bestimmten Abmachungen über die Bekämpfung falscher und die internationalen Beziehungen störender Nachrichten verpflichten sollen. Irgendwelche Beschlüsse sind in dieser Angelegenheit noch nicht gefaßt.

Der österreichische Bundespräsident über das Mitteleuropa-Problem

Auf der 25. Jahresversammlung der österreichischen Land- und Forstwirtschaftsgesellschaft sprach auch Bundespräsident Miklas. Der Bundespräsident erklärte, es sei

Optimismus zu glauben, daß die nationalen Gesichtspunkte in Mitteleuropa sehr bald hinter den wirtschaftlichen zurücktreten würden.

Er sei der Ansicht, die heutigen nationalen und politischen Gesichtspunkte würden immer wieder eine äußerst bedeutsame Rolle spielen und man werde in Mitteleuropa mit dem rein wirtschaftlichen Denken wohl auch das politische und nationale Denken der Völker in eine neue Kombination einbeziehen müssen. Die Zeit rufe unbedingt nach größeren Wirtschaftsräumen, und wenn es nicht gleich ganz Europa sein könne, so solle doch

wenigstens in absehbarer Zeit die ganze Breite Mitteleuropas ein großer Wirtschaftsraum werden: vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Rhein bis zu den transsilvanischen Alpen.

Dr. Schacht über Aussichten der Wirtschaft — Gegen Währungsexperimente

Auf der Jahreshauptversammlung des Wirtschaftsbundes Niedersachsen-Kassel hielt der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Vortrag über die Aussichten der Wirtschaftslage Deutschlands. Er führte u. a. aus:

Die jüngste finanzielle Notverordnung, die die jetzige Regierung infolge der Wirkung der bisherigen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reiches zu erlassen sich gezwungen gesehen habe, bilde den Abschluß einer über viele Jahre sich erstreckenden Gesamtpolitik. Die nationalen Kräfte, die jetzt ans Werk gelangen müßten, gäben für eine erfolgreiche Wirtschaftsführung erst die bis dahin nicht vorhandene Voraussetzung. Gegenüber der Planwirtschaft und ähnlichen Dingen müsse grundsätzlich festgestellt werden, daß die Wirtschaft in ihrem Erfolg in erster Linie auf dem persönlichen Können des einzelnen Wirtschaftenden beruht. Kapitalismus und Sozialismus seien keine Gegensätze. Die Bestrebungen auf Einführung der 40-Stunden-Woche oder gar der dreitägigen Arbeitswoche seien ein schlimmer Vorstoß gegen die Verdienstmöglichkeit des Arbeiters. Die Wiederherstellung der freien Lohnpolitik sei das einzige wirklich durchgreifende Mittel, um die derzeitige Arbeitslosigkeit von ihrem erschreckenden Umfange abzubringen. Der immer wieder gehörten Versicherung, daß unsere Währung völlig stabil sei, schließe er sich laut und ausdrücklich an. Die Reichsbank von langfristigen Anlagen möglichst bald wieder zu befreien, werde eine der wesentlichsten Aufgaben kommender nationaler Wirtschaftspolitik sein. Alle Projekte, die in irgendeiner Form zusätzliches Geld drucken wollten, seien von der Hand zu weisen. Der Standpunkt gegen die Wünsche nach einer neuen Zahlungsmittelsanierung, nach einer Binnenmark oder etwas ähnlichem ergebe sich daher von selbst. In die Zinsgestaltung einzugreifen, liege kein Grund vor, wenn man von staatswegen in die Preisregelung und Lohngestaltung eingreife. Es gäbe nur zwei Wege dem Arbeitsproblem beizukommen. Der eine sei durch starke Auflockerung der politischen Bindungen von Arbeitslohn und Arbeitszeit die private Initiative in Industrie, Handel und Gewerbe wieder anzufachen, der zweite Weg sei die möglichste Dezentralisierung der dafür geeigneten Arbeitslosen durch Unterbringung in der einzelnen Haus- und Landwirtschaften. Zur Autarkie bemerkte Dr. Schacht, sie bringe die Gefahr mit sich, daß zwischen den einzelnen Ländern ein so großer Unterschied im wirtschaftlichen Standard erfolge, daß daraus wieder kulturelle und handelspolitische Gefahren entstehen müßten. Dem Auslande gegenüber müsse wieder gezeigt werden, daß die deutsche Wirtschaft nicht nur Konkurrent, sondern auch Kunde sei. Die wirtschaftliche Autarkie sei kein Ideal und könne deshalb auch kein Ziel deutscher Volkswirtschaft sein. Eine strengere Anwendung autarkischer Grundsätze könne aber der übrigen Welt gegenüber ein erzieherisches Mittel sein.

Die zweite internationale Petroleumkonferenz,

an der Vertreter der Produzentengruppen Englands, Amerikas, Rumäniens sowie der Sowjetunion teilnehmen, nimmt in Paris ihren Anfang. Zweck der Konferenz ist es, Möglichkeiten für eine normale Preisgestaltung auf dem Petroleumweltmarkt zu suchen. Die erste internationale Konferenz dieser Art ist im vergangenen Monat in Newyork gescheitert.

Das amerikanische Spargesetz

Aus Washington wird gemeldet: Das nationale Spargesetz, das eine Verminderung der Ausgaben im amerikanischen Budget in Höhe von 150 bis 175 Mill. Dollar vorsieht, ist vom Senat angenommen und an den Präsidenten Hoover zur Unterschrift weitergeleitet worden.

Eisenbahnunglück in Colorado. Aus Castle Rock wird gemeldet: 18 Wagen eines Güterzuges, der dem Fruchttransport diente, entgleisten. Man rechnet mit 8 Toten und 40 Verletzten.

Bayern und die Reichsregierung

Das Antwortschreiben des Reichspräsidenten

an den Ministerpräsidenten Held im Zusammenhang mit den Beschlüssen der bayerischen Staatsregierung zum Uniform- und Demonstrationsverbot ist in München eingetroffen. Wie erinnerlich, hat die Reichsregierung erklärt, den Brief ihrerseits nicht der Oeffentlichkeit zu übergeben. Auch die bayerische Staatsregierung nimmt nun — entgegen früheren Absichten — davon Abstand, den Brief zu veröffentlichen.

Die bayerische Staatsregierung zur Sitzung leitender Länderminister

Die Meldung von der Konferenz einer großen Anzahl der leitenden Länderminister in Berlin begleitet die bayerische Staatsregierung mit einem Kommentar, in dem gesagt wird, daß die leitenden Staatsminister der zu dieser Konferenz versammelten Länder über die politischen Entschlüsse des Reichskabinetts von einer einzigen Meinung beherrscht gewesen seien. Es ergebe sich aus dem Charakter der Aussprache, daß die Konferenz nicht lediglich eine private Unterhaltung der Länderminister ohne jede politische Bedeutung gewesen sei. Das gehe auch schon daraus hervor, daß die Länderminister das Recht für sich beanspruchten, auch weiter von Fall zu Fall solche Sitzungen abzuhalten.

Deutsch-schweizerisches Abkommen

Zwischen Vertretern der deutschen Regierung und dem schweizerischen Bundesrat ist in Bern eine Abmachung unterzeichnet worden, die eine Regelung der

Devisenzuteilung für deutsche Erholungsreisende,

die sich nach der Schweiz begeben wollen, bezweckt. Diesen Reisenden wird eine Zusatzgenehmigung von 500 RM. erteilt, so daß sie über Devisen von monatlich insgesamt 700 RM. verfügen können. Für den

Besuch schweizerischer Erziehungsinstitute

wird dieser Beitrag auf 500 RM. festgesetzt.

Andererseits wird

die Schweiz,

gestützt auf den Bundesratsbeschluß über den Kompensationsverkehr, die

Einfuhr von Kohlen, Koks und Briketts sowie von Zucker und Malz aus Deutschland im bisherigen Ausmaße zulassen.

Ueber die weitere Regelung des Warenverkehrs werden am 7. Juli Verhandlungen in Berlin aufgenommen. Dieses Abkommen gilt für drei Monate, d. h. bis Ende September 1932.

Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsvereinbarungen

Wie das Contibüro zu der Mitteilung über die deutsch-schweizerische Wirtschaftsvereinbarung erfährt, ist dadurch die Möglichkeit gegeben, die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz in den angegebenen Waren während des nächsten Quartals um 20 Millionen Franken über das bisher zulässige Maß hinaus zu erhöhen. Damit ist ein Ausgleich für die Heraufsetzung der Devisengrenze geschaffen, der der deutschen Wirtschaft zugute kommt.

Verschiebung der außerordentlichen Völkerbundsversammlung

Die außerordentliche Völkerbundsversammlung, die am Mittwoch zur Behandlung des chinesisch-japanischen Konfliktes zusammentreten sollte, ist auf Freitag verschoben worden.

Belgischer Gesetzentwurf über die Einfuhrbesteuerung von Weizenmehl

Während Renkin und Hymans in Lausanne weilen und dort die belgische Aktion zum Abbau der Zollmauern erörtert wird, berät das belgische Kabinett einen Gesetzentwurf über die Einfuhrbesteuerung von Weizenmehl. Der Landwirtschaftsminister und die hinter ihm stehenden agrarischen Abgeordneten wollen diese Einfuhr mit 15 Franken pro Doppelzentner belasten. Der Gedanke findet aber im Kabinett selbst wie in parlamentarischen Kreisen einstweilen wenig Anklang.

Protestkundgebung gegen das Versailler Diktat



Am 13. Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Diktats fand im Berliner Lustgarten eine Protestkundgebung der deutschen Studentenschaft in Gemeinschaft mit den Grenzbünden der bündischen Jugend und anderen Jugendverbänden gegen diesen unerhörtesten Schandvertrag der Geschichte statt. Bei dem Abmarsch der Versammlung kam es verschiedentlich zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei.

Büro, das man zugleich mit einem Ausschuß für die Reparationsfrage bezeichnen könnte, steht unter dem Vorsitz Macdonalds. Ein besonderer

handelspolitischen Ausschuß

wird aus den Handels- bezw. Wirtschaftsministern der sechs einladenden Mächte oder ihren Vertretern gebildet und steht unter dem Vorsitz des belgischen Ministers Hymans. Es soll die Aufgabe haben, die

weltwirtschaftliche Rekonstruktionsarbeit, die hier begonnen wurde, weiter zu führen

bis zum Zusammentritt der vorgesehenen Weltwirtschaftskonferenz im Herbst.

Macdonald will mit dem Zeppelin nach London fliegen

Macdonald hat nach einer Londoner Meldung für die Englandfahrt des „Graf Zepelin" am nächsten Samstag einen Platz belegt. Er hofft, daß die Entwicklung in Lausanne ihm die Teilnahme an der Fahrt gestatten werde. Dem „Star" zufolge, soll auch die Möglichkeit bestehen, daß der Prinz von Wales, falls seine Verpflichtungen es gestatten, an dem Fluge nach England teilnehmen werde.

Der deutsche Standpunkt bleibt in Lausanne unverändert

In einem Ueberblick über die Lage in Lausanne am Mittwochabend berichtet die Tel.-Union u. a.:

Die sachliche Lage der Konferenz kann dahin zusammengefaßt werden, daß grundsätzlich der Plan besteht, eine gemeinsame Kasse für den Wiederaufbau Europas zu schaffen, an der sich sämtliche Mächte nach einem rechnerisch festzusetzenden Betrage beteiligen sollen. Die deutsche Regierung hat sich ihrerseits bereiterklärt, über diesen Betrag hinaus einen Zusatzbeitrag zu leisten, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Diskriminationen des Versailler Vertrages in Wegfall kommen.

Auf der Gegenseite besteht jedoch deutlich die Tendenz, die Verhandlungen der von Deutschland geforderten grundsätzlichen politischen Fragen der Gleichberechtigung und Sicherheit Deutschlands auf die Abrüstungskonferenz zu verschieben und die großen weltwirtschaftlichen Probleme erst auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz zur Verhandlung zu bringen. Demgegenüber steht Deutschland auf dem Standpunkt, daß zur Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens und Ueberwindung der Krise die großen drängenden Probleme auf dieser Konferenz geklärt werden müssen. Die anderen europäischen Mächte versuchten jedoch, diesem deutschen Standpunkt auszuweichen, indem sie nur eine Klärung der Tributfrage auf dieser Konferenz zulassen wollen. Die deutsche Regierung hat in den gesamten letzten Verhandlungen immer wieder den Standpunkt vertreten, daß mit dem gesamten Tributsystem endgültig Schluß gemacht werden muß und Nachzahlungen irgendwelcher Art nicht in Frage kommen. Die Gründe für diese Haltung der deutschen Regierung sind in den wiederholten Erklärungen der deutschen Vertreter auf der gegenwärtigen Konferenz eindeutig genug dargelegt worden. Auf deutscher Seite ist ferner dem Präsidenten der Konferenz, Macdonald, in einer schriftlichen Darstellung der grundsätzliche Standpunkt zu der Tributfrage auseinandergesetzt worden. Diese Darstellung ist auch der französischen Regierung übermittelt worden.

An dem deutschen Standpunkt hat sich in den gesamten Verhandlungen der letzten Tage nicht das Geringste geändert.

Kammerdebatte über die Arbeitslosigkeit in Frankreich

In der französischen Kammer wurde die Debatte über die Arbeitslosigkeit fortgesetzt. Der Abgeordnete de Tastes erinnerte daran, daß es in Frankreich vor einigen Monaten noch 1 800 000 ausländische Arbeiter gegeben habe, davon allein 500 000 in der Umgebung von Paris. Er verlangte den Schutz der einheimischen Arbeiter.

Der elsässische Abgeordnete Brom ging auf die Arbeitslosigkeit in der elsässischen Textilindustrie ein und verlangte für das Elsaß ein Absatzgebiet etwa nach Nordafrika hin.

Nach ihm sprach der sozialistische Abgeordnete Lebas aus dem Norddepartement, der dagegen protestierte, daß gewisse französische Textilindustrielle des Norddepartements, denen infolge des englischen Schutzzolles der englische Markt verschlossen sei, ihr Fabrikmaterial einfach nach England befördern ließen. Dieses Material sei ihnen nach dem Kriege von Staatswegen wieder aufgebaut worden, und durch die Flucht nach England begingen sie ein Verbrechen am Vaterlande. Abgeordneter Lebas sprach im übrigen für die Vierzigstunden-Woche und wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß bei dem Acht-Stunden-Tag in Frankreich die Leistungen um 44 Prozent gegenüber dem Zehn-Stunden-Tag gestiegen seien.

Die Brüder Sklarek und Bürgermeister Kohl haben Revision eingelegt

Die Verteidiger der verurteilten Gebrüder Willy und Leo Sklarek haben nach Rücksprache mit den Angeklagten im Untersuchungsgefängnis die Revision gegen das Urteil in vollem Umfange wegen Verletzung formeller und materieller Rechtsnormen angemeldet. Auch der Verteidiger des verurteilten Bürgermeisters Kohl hat Revision angemeldet. Die Staatsanwaltschaft soll bisher nicht beabsichtigen, von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch zu machen. Die schriftlichen Urteilsgründe des Gerichts dürften angesichts der umfangreichen Prozeßmaterie kaum vor einem halben Jahre vorliegen.

Die neue Verfassung von Siam

Der König von Siam hat die neue Verfassung unterzeichnet, die von der provisorischen Regierung ausgearbeitet worden ist. Sie wird sofort verkündet werden. Die Verfassung besagt, daß künftig das Volk Inhaber der obersten Gewalt ist und daß die Machtbefugnisse des Monarchen, die bisher absolut waren, weitgehend eingeschränkt werden. Die oberste Gewalt liegt von jetzt ab in den Händen

1. des Monarchen,
2. des Senats,
3. des Ausschusses der Volkspartei und
4. der Gerichtshöfe.

König Prajadnipok wird zum Monarchen ernannt, und die Bestimmungen über die Thronfolge bleiben unverändert. Jede Regierungshandlung oder Verordnung des Königs besitzt nur Gesetzeskraft, wenn sie durch die Unterschrift eines Mitgliedes des Ausschusses der Volkspartei bekräftigt wird. Wenn der Monarch es ablehnt, eine Verordnung zu unterzeichnen, die der Senat beschlossen hat, kann er sie zu erneuter Prüfung zurückschicken, aber wenn dann keine Einigung erfolgt, kann der Senat allein die Verordnung zum Gesetz erklären. Der Senat wird einstweilen aus 70 Militärpersonen bestehen, die im Namen der Volkspartei handeln, aber innerhalb von sechs Monaten muß die Hälfte seiner Mitglieder vom Volke gewählt werden. Die Frauen erhalten das Stimmrecht. Der einzige Prinz, der sich nicht in Gefangenschaft befindet, ist der Thronfolger Prinz Paribatra, der bisher Innenminister war.

Der achte europäische Nationalitätenkongreß wurde in Wien eröffnet. Vertreten sind 23 Nationalitätengruppen für insgesamt 40 Millionen Menschen aus 14 europäischen Staaten. Die deutsche Gruppe allein vertritt 10 Millionen Volksgenossen aus 10 Staaten.

Kleine politische Nachrichten

SPD. und KPD. im Wahlkampf

Der sozialdemokratische Parteivorstand nimmt, dem „Vorwärts" zufolge, in einem Rundschreiben an die Bezirksleitungen zur Frage der Einheitsfront Stellung. Das Schreiben bezeichnet die „antifaschistische Aktion" der KPD. als eine antisozialdemokratische Aktion. Ausdrücklich bestätige das Rundschreiben des Z. K., daß auch in den gegenwärtigen Kämpfen der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu richten sei. Daraus ergebe sich, daß die KPD. die „proletarische Einheitsfront", die sie mit Worten predige, in der Tat gar nicht wolle. Der Parteivorstand warne deshalb alle örtlichen Organisationen vor lokalen Verhandlungen mit der KPD., die nur Verwirrung schaffen müßten.

Rennauto rast in Zuschauer - drei Tote!



Bei der Autowettfahrt „Rund um Lothringen" ereignete sich ein schwerer Unglücksfall: der Rennfahrer Tedaldi verlor in einer Kurve die Gewalt über den Wagen und raste in die Zuschauermenge — drei Tote und 22 Schwerverletzte waren die Opfer dieses Unglücksfalles.

Neueinteilung des Rheinischen Sängerbundes

Die Unregelmäßigkeiten bei der aufgelösten Geschäftsstelle.

Der Mittelrheinische Sängerbund hielt in Andernach eine von allen Vertretern des Mittelrheins besuchte Tagung ab. Aus den Beratungen ist zu erwähnen, daß — als Folge der Auflösung der Geschäftsstelle Köln — der Rheinische Sängerbund neu eingeteilt worden ist, und zwar in den Niederrheinischen, den Mittelrheinischen und den Oberrheinischen Sängerbund, die Unterabteilungen des Rheinischen Sängerbundes sind.

Die Untersuchung über die geschäftlichen Unregelmäßigkeiten bei der Geschäftsstelle Köln seien, wie der Bundesvorsitzende Heinen-Koblenz berichtete, einem siebenköpfigen Ausschuß übertragen worden, der feststellen werde, ob es sich um mangelhafte Geschäftsführung oder um etwaige Verfehlungen handele. Die Geschäftsführung wurde nun den einzelnen Unterbünden übertragen.

Bedenken, daß das 11. Deutsche Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. einen finanziellen Fehlschlag bringen werde, zerstreute der Vorstand. Die Anmeldungen hätten bereits jetzt die Zahl von 37 000 überschritten, wohingegen man nur auf 30 000 gehofft habe.

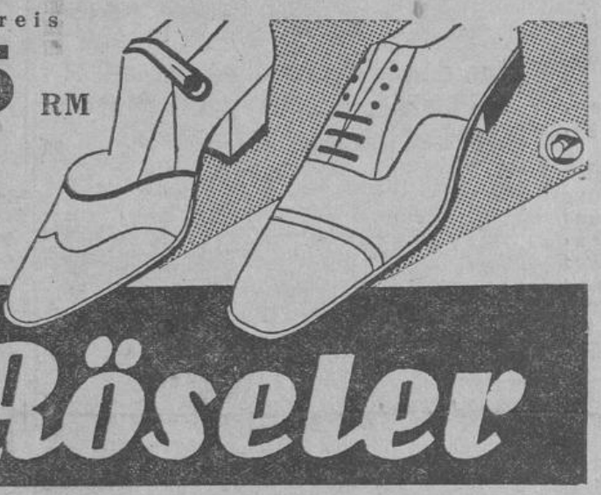
Die Wasserkatastrophe in Rumänien

Zu den Vorgängen in Rumänien, über die schon berichtet wurde, kommt aus Bukarest unterm 29. Juni noch folgende Meldung:

Seit drei Tagen treten in ganz Rumänien große Ueberschwemmungen auf, die ungeheuren Schaden, namentlich im Moldau-Gebiet anrichten. Die Stadt Jassy ist gegenwärtig vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Viele Leichen sollen im Wasser treiben. Allein im Bezirk von Jassy wird die Zahl der Obdachlosen auf 15000 geschätzt.

85 Jahre Fußdienst

Jubiläums-Preis **6.85** RM



Jubiläums-Preis **8.85** RM

Röseler

OPLADEN
LÜTZENKIRCHEN

Vor allen Dingen
VENUS MARATTI
zum Baden, Sonnen, Springen!

„Venus"-Maratti-Badeanzüge, 4fach, reine Wolle gestrikt. In allen modern. Farben und Formen. — In jedem guten Geschäft erhältlich.



Hersteller SIGMUND GOERITZ A.-G., Chemnitz, Berlin, Lübben.

Neue Kartoffeln
10 Pfund nur 65 Rpf
5 Prozent Rückvergütung
Einigkeit

Burscheider Schützenverein e. V.

Diejenigen Mitglieder, welche an dem Schützenfest in Ohligs teilnehmen wollen, werden gebeten, sich beim Chef zu melden. Abfahrt per Auto Samstag-Nachmittag 5 Uhr.

Der Vorstand.

Sämtliche
Maurer-Reparaturen
werden billig ausgeführt von
W. Spiegel, Burscheid-Löh.

Gebrauchte
Küche
zu verkaufen. — Wo sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Unreife
Stachelbeeren
hat abzugeben
Alfred Markus, Burscheid
Mittelstraße 7.

Properes, ehrliches
Mädchen
gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Haus oder Bauplatz
in Burscheid oder nächster Umgebung zu kaufen gesucht. Offerten unter „M. E. 320" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Clangor:
Die Schallplatte des Musikgebildeten!
Elektrisch aufgenommen
Doppelseitig spielbar
Schwerzerbrechlich

I. Meister der Musik:
(Große Oper, Konzert, Kammermusik, Gesang- und Instrumentalsoli, Historische Märsche, Klassische Operette)
25-cm-Platte jetzt **1.60** RM
30-cm-Platte jetzt **2.40** RM
zuzüglich Porto

II. Tanz-, Tonfilm- und Unterhaltungsmusik
25-cm-Platte jetzt **1.40** RM
zuzüglich Porto

Tonvollendete Aufnahmen Weltruf genießender Künstler und Kapellen!

Plattenverzeichnis kostenlos und unverbindlich!

Schallplatten-Volksverband
CLANGOR-SCHALLPLATTEN G.M.B.H.
Berlin - Charlottenburg 2
Berliner Straße 41-43

DER MODERNE EINKAUF: DIREKT VON DER FABRIK!

Fußkranke
Unsere Orthopädie ist maßgebend.
Tausenden Fußkranken haben wir geholfen.
Rombelsheim
Opladen
Kämpchenstr. 11. Seit 1862. Düsseldorferstr. 3.

Postkarten in jeder Ausführung liefert schnell und billig die Buchdruckerei dieser Zeitung

Personal-Anzeiger des „Daheim"

Unsere Geschäftsstelle des Bergischen Volksboten vermittelt ohne Spesenaufschlag Anzeigen für das „Daheim". Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigentexte bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:

Stellen-Angebote . . jetzt nur 90 Rpf.
Stellen-Gesuche . . . . jetzt nur 67 Rpf.
Sonstige kl. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1.08 RM für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben)

Geschäftsstelle des „Bergischen Volksboten"

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr 151 — 2. Blatt — Donnerstag, 30. Juni 1932

Der Monat der Fruchtreife

Am morgigen Ersten des siebenten Monats — Juli — ist das Jahr auf seinem Höhepunkt angekommen: 183 Tage sind vergangen, 183 Tage liegen noch vor uns.

Der Juli ist der Monat der Fruchtreife. Das bedeutet nicht, daß damit jegliches Blühen vorbei ist. Noch immer duftet es köstlich in Wald und Flur, und es blüht noch eine unübersehbare Schar von Kräutern und Gräsern. Aber andererseits sind bereits im Juli die ersten Verfallerscheinungen zu erkennen, obwohl die Natur gerade in dieser Zeit in der Vollkraft des Lebens steht. In das satte Grün von Baum und Strauch schleicht sich bereits hier und da ein sonnenwelkes Blatt ein. Die Zeit des Jubilierens der Vögel geht rasch ihrem Ende entgegen, da verlassen uns schon eine Reihe von Sommerbrutvögeln. Daß die zweite Hälfte des Jahres begonnen hat, ist auch daraus zu erkennen, daß die Tage zuerst noch unmerklich, dann aber immer rascher kürzer werden. Der letzte Tag des Monats Juli ist fast $1^1/_4$ Stunde kürzer als der längste Tag des Jahres, die Sommersonnenwende.

Der Juli bringt erfahrungsgemäß in seiner zweiten Hälfte bis in die Mitte des August hinein die wärmsten Tage des Jahres. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der neue Monat sehr warm ausfallen wird. Die Hitze des Juli ist für die Ernte überaus wichtig. Auf den Feldern steht das Getreide in voller Pracht. Die Zeit der Reife und der Frucht ist gekommen und — um gute Ernteerträgnisse zu erzielen, ist warmes und trockenes Wetter sehr wichtig.

Bei den Römern war der Juli nicht wie bei uns der siebente, sondern der fünfte Monat des Jahres und hieß daher Quintilis. Im Jahre 45 v. Chr. erhielt jedoch der Quintilis zu Ehren von Julius Cäsar, der in dem Monat geboren wurde, den Namen Julius. In den germanischen Sprachen heißt der Juli Heumonat, die Zeit der Heuernte.

Ab 1. Juli preußische Schlachtsteuer

Durch die preußische Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8. Juni wird in Preußen die Schlachtsteuer eingeführt. Danach unterliegt ab 1. Juli die Schlachtung von Rindvieh, Schweinen und Schafen einer Steuer, die nach dem Lebendgewicht berechnet wird. Weiter wird auf die Einfuhr von Fleisch sowie Fleisch- und Wurstwaren in Preußen eine Ausgleichssteuer erhoben.

Schlachtsteuertarif

Die Schlachtsteuer beträgt:

1. für einen Ochsen mit einem Lebendgewicht von 400 kg an bis zu 750 kg (ausschl.) 30.— M
   von 750 und mehr kg . . . . . 36.— M
   Schlachtungen von Ochsen mit einem Lebendgewicht von weniger als 400 kg sind nach Tarifnummer 3 zu versteuern.
2. für ein Kalb (Jungrinder unter 3 Monaten alt bis zu einem Höchstgewicht von 100 kg) . . . . . 4.— M
   Schlachtungen von Kälbern mit einem Lebendgewicht von weniger als 40 kg sind steuerfrei.
3. für eine Magerkuh mit mehr als 3 Hornringen, unabhängig vom Gewicht . . . 7.— M
   für ein sonstiges Stück Rindvieh mit einem Lebendgewicht bis zu 350 kg (ausschl.) 10.— M
   von 350 kg an bis zu 600 kg (ausschl.) 16.— M
   von 600 und mehr kg . . . . . 22.— M
4. für ein Schwein a) bei Schlachtungen für den Gebrauch im eigenen Haushalt (Hausschlachtungen) . . . . . 2.— M
   b) im übrigen mit einem Lebendgewicht von 30 kg an bis zu 75 kg (ausschl.) 5.— M
   von 75 kg an bis zu 125 kg (ausschl.) 8.— M
   von 125 und mehr kg . . . . . 10.— M
   Schlachtungen von Schweinen mit einem Lebendgewicht von weniger als 30 kg sind steuerfrei.
5. für ein Schaf mit einem Lebendgewicht von 20 und mehr kg . . . . . 1.50 M
   Schlachtungen von Schafen mit einem Lebendgewicht von weniger als 20 kg sind steuerfrei

Von der Steuer befreit ist Fleisch, dessen Genuß-Untauglichkeit bei der Fleischbeschau festgestellt wird. Bei Bedingttauglichkeit und Minderwertigkeit tritt eine Herabsetzung der Steuer auf die Hälfte ein. Die Durchführungsbestimmungen vom 22. Juni stellen auch die Schlachtung von Schweinen für den Verbrauch im eigenen Haushalt (Hausschlachtungen) abweichend von dem Tarif von der Steuer frei. Unter diese Befreiung fallen jedoch nicht eigene Schlachtungen von Krankenhäusern und anderen Anstalten.

Steuerpflichtig ist, wer Tiere der genannten Art auf eigene Rechnung schlachtet oder schlachten läßt. Die Steuerveranlagung erfolgt durch den amtlichen Fleisch- bezw. Trichinenbeschauer oder zugleich mit der amtlichen Verwiegung auf dem Schlachtviehhof, u. z. regelmäßig vor der Tötung des Schlachtstückes auf Grund des ermittelten Lebendgewichts. Soweit bei Hausschlachtung von Tieren eine Trichinenschau nicht vorgeschrieben ist, hat der Steuerpflichtige die Schlachtung vor der Tötung des Tieres bei der zuständigen Schlachtsteuerstelle unter Angabe des von ihm ermittelten Lebendgewichts anzumelden. Ist bei Notschlachtungen oder infolge eines Versäumnisses die Feststellung des Lebendgewichts unterblieben, so wird bei Schweinen das 1,3fache, bei Kälbern und Schafen das 1,6fache und bei Ochsen und sonstigen Rindern das 2fache des Schlachtgewichts als Lebendgewicht zugrunde gelegt. Die Steuer ist vor der Schlachtung an der Schlachthauskasse zu entrichten. Erfolgt die Schlachtung nicht in einem öffentlichen Schlachthaus, so ist die Steuer binnen drei Tagen nach der Schlachtung bei der zuständigen Schlachtsteuerstelle der Stadtverwaltung zu entrichten. Für die Steuer haftet das Fleisch des geschlachteten Tieres.

Die auf eingeführtes Fleisch bezw. Fleisch- und Wurstwaren erhobene Ausgleichssteuer beträgt

für Fleisch in frischem Zustande . . . . 10 Pfg
für Fleisch in zubereitetem Zustande . . 12 Pfg
für Fleisch und Wurstwaren . . . . . 15 Pfg

pro kg. — Als Fleisch in diesem Sinne wird jeder zum menschlichen Genuß geeignete Teil der steuerpflichtigen Tiere behandelt, mit Ausnahme von Schmalz, ausgelassenem Talg und Margarine.

Bei Einfuhr aus dem Zollauslande über eine in Preußen gelegene Zollstelle wird die Ausgleichssteuer zugleich mit dem Zoll erhoben. Steuerpflichtig ist in diesem Falle, wer Fleisch bezw. Fleisch- und Wurstwaren der genannten Art für eigene Rechnung einführt oder einführen läßt. Neben ihm haftet der Empfänger für die Steuer, und zwar ist dem Empfänger durch das Gesetz noch die besondere Verpflichtung auferlegt, binnen 10 Tagen nach Eingang der Sendung der zuständigen Schlachtsteuerstelle die Art und das Gewicht der Sendung anzuzeigen und die Steuer zu zahlen, falls er nicht auf Grund der ihm vorgelegten Quittungen oder sonstigen Unterlagen annehmen kann, daß der Steuerpflichtige die Steuer entrichtet hat. Dem Empfänger ist also zu empfehlen, sich jeweils die Ausgleichssteuerquittung vorlegen zu lassen. Bei Einfuhr aus einem anderen deutschen Lande ist der Steuerpflichtige der Empfänger des Fleisches. Er hat die eingeführten Waren unter Angabe der Art und des Gewichts spätestens binnen einer Woche bei der Schlachtsteuerstelle anzumelden, und zwar muß Fleisch, das in frischem Zustande zur gewerblichen Verarbeitung oder zum gewerblichen Verkauf eingeführt wird, vor der Verwendung, spätestens aber an dem der Einfuhr folgenden Tage angemeldet werden. Die Steuer ist zugleich mit der Anmeldung zu entrichten. Für die Ausgleichssteuer findet eine Stundung oder ein Steueraufschub nicht statt. Steuerfrei ist das aus anderen deutschen Ländern eingeführte Fleisch, das zum Genuß für den Empfänger und seine Familie bestimmt ist, wenn die eingeführte Menge im Einzelfalle nicht mehr als zwei kg. beträgt. Die Steuerfreiheit entfällt, sobald das Fleisch weiterverkauft oder sonst an Dritte abgegeben wird. Das durch Preußen unter Beachtung gewisser Ueberwachungsmaßnahmen durchgeführte Fleisch ist steuerfrei. Ausgeführtes Fleisch kann nach näherer Bestimmung des preußischen Finanzministers ebenfalls steuerfrei gestellt werden.

Das Schlachtsteuergesetz enthält das Verbot der offenen Abwälzung. Die Schlachtsteuer darf dem Erwerber des ausgeschlachteten Fleisches nicht gesondert neben dem Entgelt in Rechnung gestellt werden. Das gilt für jeden Verkauf, nicht nur für den Verkauf an den Verbraucher. Auf die Zuwiderhandlung ist eine Strafe bis zu 5000 RM gesetzt. Die Inhaber von Läden und sonstigen Verkaufsstellen, in denen Fleisch oder Fleisch- und Wurstwaren gewerbsmäßig verkauft werden, sind verpflichtet, bis spätestens 30. Juni 1932 für die Dauer von drei Monaten den Schlachtsteuertarif an einer leicht sichtbaren und in einer für jeden Käufer lesbaren Schrift im Laden oder in der Verkaufsstelle anzuschlagen. Diese Vorschrift gilt insbesondere auch für alle Kolonialwaren- und Feinkostgeschäfte, die Fleisch- und Wurstwaren führen. Da auf die Nichterfüllung dieser Verpflichtung eine Geldstrafe bis zu 500 RM gesetzt ist, empfiehlt sich ihre genaue Beachtung.

Westdeutsches Handwerk im Juni

Von der Handwerkskammer Düsseldorf wird folgender Bericht herausgegeben:

Die saisonmäßige Belebung einzelner Gewerbezweige in den beiden letzten Monaten hat sich, wie schon im voraufgehenden Bericht angeführt werden konnte, nicht durchsetzen können. Die Entlastung der einzelnen lokalen und beruflichen Arbeitsmärkte ist durch den Ausfall an Arbeitsstätten in anderen Berufszweigen ausgeglichen worden, so daß im allgemeinen während der Berichtszeit ein gewisser Stillstand eingetreten ist. Berücksichtigt man, daß der Auftragsbestand inzwischen erheblich eingeschrumpft ist, so muß erwartet werden, daß in Kürze die abgleitende Entwicklung der Wirtschaft ihren Fortgang nimmt. Anzeichen dieser Art können bereits wahrgenommen werden. Die letzten Notverordnungen mit ihrer weiteren Senkung der Kaufkraft werden zweifellos dieser Entwicklung Vorschub leisten. Hinzu kommt, daß die neuerdings festgelegte Kürzung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung das Heer der Schwarzarbeiter noch vergrößern wird.

Allgemein gesehen ist die Lage am Baumarkt unverändert trostlos geblieben. An dieser Tatsache ändert auch die Beobachtung nichts, daß hier und dort kleinere Bauarbeiten in Angriff genommen worden sind. Die fast völlige Einstellung öffentlicher Bauvorhaben ist die Folge der Verwertung aller verfügbarer Mittel für Wohlfahrtszwecke, der Vorgriffe auf die Mittel aus dem Hauszinssteueraufkommen und der Hypothekensperre bei den Sparkassen und den Realkreditinstituten. Es muß ferner festgestellt werden, daß entgegen den Erwartungen des Handwerks die Durchführung der Stadtrandsiedlungen vielfach unter Ausschaltung des selbständigen Baugewerbes erfolgt.

Durch das Darniederliegen des Baumarktes ist das Bau-Nebengewerbe ausschließlich auf Ausbesserungsarbeiten angewiesen. Einige Hoffnungen setzen die Baunebengewerbe auf die in der letzten Notverordnung für Reparaturzwecke zur Verfügung gestellten Mittel.

Soweit das metallverarbeitende Gewerbe mit dem Bauhauptgewerbe in Zusammenhang steht, liegen die Betriebe fast ganz still. Eine geringe Zunahme an Reparaturen hat das Schmiede- und Schlosserhandwerk in den ländlichen Bezirken aufzuweisen.

Die Lage im holzverarbeitenden Gewerbe ist nicht einheitlich. Teilweise konnten die Betriebe der Möbeltischlerei, wenn auch nur für kurze Zeit, wieder aufgenommen werden.

Auch das Bekleidungsgewerbe war während der Berichtszeit noch leidlich beschäftigt, jedoch ist die Frühjahrssaison wieder stark im Rückgang begriffen. Im Friseurhandwerk wird vor allem über eine unsinnige Vermehrung der Betriebe geklagt.

Die Umsätze im Nahrungsmittelgewerbe haben sich infolge der weiter gesunkenen Kaufkraft verringert. Die Preisspanne hat zudem einen weiteren Rückgang erfahren, zumal die Preise für Mehl fast ständig steigen. Das Fleischerhandwerk ist durch die Einführung der Schlacht- und Salzsteuer erheblich getroffen, da es ausgeschlossen erscheint, daß diese Steuern auf den Verbraucher abgewälzt werden können. Diese Belastungen müssen sich umso stärker auswirken, da das Fleischerhandwerk bereits seit langem mit einer völligen ungenügenden Preisspanne zu arbeiten hat.

Notverordnung und Kriegsbeschädigte

Das Versorgungsamt Wuppertal schreibt:

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932, welche, wie ihr Name schon besagt, vorallem die Erhaltung der stark gefährdeten Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung bezweckt, hat leider Eingriffe in die Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht ganz umgehen können. Die Befürchtungen über das Ausmaß dieser am 1. August 1932 beginnenden Eingriffe sind aber zum größten Teil übertrieben.

Eine Kürzung der Versorgungsgebührnisse tritt nur bei den kinderlosen Leichtbeschädigten ein, also nur bei einem sehr kleinen Personenkreis. Diese Kürzung beträgt 20 v. H.

Ferner ist in Angleichung an die jetzigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung das Ende des Anspruchs auf Kinderzulagen und Waisenrente auf die Vollendung des 15. Lebensjahres des Kindes (bisher 18. Lebensjahr) herabgesetzt. Befindet sich das Kind aber noch in der Schul- oder Berufsausbildung oder ist es so schwer leidend, daß es sich nicht selbst unterhalten und keinem Erwerb nachgehen kann, so können in den meisten Fällen die Kinderzulagen und Waisenrenten über das 15. Lebensjahr hinaus belassen werden. Also auch diese Bestimmungen werden sich nur in wenigen Fällen auswirken.

Es ist den Vätern und Vormündern von Kindern, die am 1. August 1917 oder früher geboren, aber noch nicht über 18 Jahre alt sind, dringend zu raten, umgehend beim Versorgungsamt die Belassung der Kinderzulage oder Waisenrente zu beantragen, wenn die oben erwähnten Belassungsgründe vorliegen.

Auch für die Zukunft wird dringend empfohlen, bei Vollendung des 15. Lebensjahres rechtzeitig beim Versorgungsamt und bei der Fürsorgestelle die Belassung dieser Gebührnisse zu beantragen. Nur dann ist damit zu rechnen, daß sie ununterbrochen weiter gezahlt werden können.

Es wird allerdings darauf hingewiesen, daß die Kinderzulagen von Leichtbeschädigten für Kinder, die nach dem 31. Juli 1932 das 15. Lebensjahr vollenden, bei Schul- und Berufsausbildung nicht belassen werden können.

Alle näheren Auskünfte können das Versorgungsamt und die Fürsorgestellen erteilen.

Vor der Erntezeit

Durch das unbefugte Betreten von Aeckern, Wiesen und Gärten vor beendeter Ernte wird den Landwirten und Gartenbesitzern erheblicher Schaden zugefügt. Es wird deshalb vor dieser Uebertretung hiermit eindringlich gewarnt und darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen im § 368 Ziffer 9 des Reichs-Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis 60 RM oder mit Haft bis zu 14 Tagen bedroht sind.

Die gleiche Warnung gilt hinsichtlich der Beschädigung von Waldungen und Baumpflanzungen sowie der Verursachung von Gras- und Waldbränden.

Eltern, Vormünder und Lehrpersonen werden dringend gebeten, ihre Kinder und Pfleglinge oder die ihrer Aufsicht unterstehenden Schulkinder, in geeigneter Weise zu belehren und von der Begehung der in Frage stehenden Uebertretungen, zu dem insbesondere auch die vielfach beobachtete Unsitte des Betretens der Wiesen zum Zwecke des Blumenpflückens gehört, abzuhalten.

Den Grundstücksbesitzern, Pächtern oder Nutznießern selbst wird die Aufstellung geeigneter Warnungstafeln empfohlen.

Aus der Heimat

Ball in Neuenhaus

Am kommenden Sonntag, den 3. Juli, findet im Saale des Herrn Alwill Speck in Neuenhaus ein öffentlicher Ball statt.

Im Anzeigenteil der morgigen Ausgabe wird zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Kreis-Feuerwehr-Verbandstag

Am Sonntag, den 28. August, findet in Leichlingen, im Lokale Deppermann der 3. (49.) ordentliche Feuerwehrtag des Kreis-Feuerwehr-Verbandes Stadtkreis Solingen und Rhein-Wupper-Kreis statt. Während der Vormittag für den Verbandstag vorgesehen ist, ist nachmittags das Kreisverbandsfest.

Westdeutscher Bundestag

Am 2. und 3. Juli ist in Koblenz der 84. Bundestag des Westdeutschen Jungmännerbundes unter Vorsitz des Bundesvorsitzenden Henrich jr., Eiserfeld. Generalsuperintendent D. Stoltenhoff spricht ein Grußwort, Bürgermeister Dr. Coerper, Köln, hält einen Vortrag über die sittlichen Forderungen als Pflichten gegenüber Familie und Volk. Festprediger sind u. a. Kirchenrat Dr. Eisenberg, Kassel, und Bundeswart Pastor Juhl, Barmen.

Wieder „Heiterer Mittwoch" im Rundfunk

Vor Jahren hatte der Westdeutsche Rundfunk es unternommen, künstlerischen Humor in Wort und Ton durch die „Heiteren Mittwoche" darzubieten. Diese Versuche haben dann in der sonntäglichen „Stunde Kurzweil" ihre Fortsetzung gefunden. Nun unternimmt Martin Dey den Versuch der Wiederbelebung des heiteren Mittwochs, in dem er einerseits die alte Form nutzt, andererseits nach dem Beispiel des Films bunten Wechsel lebendigen Geschehens darbietet, wobei Hans Ebert ihn musikalisch unterstützt.

Warnung vor einer auswärtigen Schwindelfirma

In letzter Zeit werden von einer auswärtigen Gesellschaft, die in Amsterdam und Brüssel Niederlassungen hat, Prospekte über ein angeblich kostenloses Gewinnsystem versandt. Die Gesellschaft verlangt den Kauf von vier Teilnehmerkarten zu je 1,70 Mark, die der Ankäufer an

vier Personen weiter zu verkaufen hat. Diese haben ihrerseits wiederum je vier Karten zu kaufen und zu verkaufen. Dieses Verkaufssystem soll bis ins Uferlose fortgesetzt werden, wofür die Gesellschaft jedem Mitbeteiligten 30 000 Franken verspricht. Die Einlösung des Versprechens ist unmöglich. Es wird hiermit vor der Beteiligung gewarnt, da es sich um ein sogenanntes Schneeballsystem handelt.

Bis Ende August

Die Gültigkeit der Wohlfahrtswertzeichen zum Freimachen von Postsendungen ist bis Ende August verlängert worden.

Bedenkliche Zahlen

Das Reichsgesundheitsblatt vom 1. Juni veröffentlicht bedenkliche Zahlen über die Entwicklung der Bevölkerungsbewegung im Jahre 1931. Der Nachwuchs hat gegenüber 1930 um 96 000 Lebendgeborene abgenommen. Während im Jahre 1913 auf 100 Frauen im gebärfähigen Alter noch 116,5 Lebendgeborene kamen, ist die entsprechende Zahl im Jahre 1931 auf 61,8 gesunken. Ganz im Gegensatz zu den Vorjahren ist der Rückgang am stärksten in den Gemeinden mit weniger als 15 000 Einwohnern.

Bevollmächtigung im Steuerberufungsverfahren

In einem Artikel des Reichsgerichts vom 14. April 1932 wird nach Mitteilungen der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz ausgeführt:

Gegen einen vom Finanzamt erlassenen Strafbescheid kann nicht nur der Steuerpflichtige persönlich, sondern auch ein Bevollmächtigter namens des Steuerpflichtigen gerichtliche Entscheidung beantragen. Die Vertretungsmacht muß zu der Zeit bestanden haben, zu der der Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt worden ist. Dagegen ist es nicht erforderlich, daß die Vollmacht schriftlich erteilt worden ist. Der Bevollmächtigte kann den Antrag auf gerichtliche Entscheidung mit dem Namen des Vollmachtgebers (mit dem Namen des Steuerpflichtigen) unterzeichnen.

„Von der Beförderung auszuschließen . ."

Auf eine Eingabe, in der über die sich häufenden Fällen des Versandes literarischer Schmutzangebote durch die Post Beschwerde geführt wurde, hat der Reichspostminister mitgeteilt, daß die Postanstalten wiederholt angewiesen worden seien, „dem Versand von Anpreisungen, Abbildungen, Büchern usw. mit sittlich anstößigem Inhalt ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und Sendungen dieser Art von der Beförderung auszuschließen". Die Namen der Firmen, die sich mit dem Versand solcher Druckerzeugnisse befassen, werden beim Bekanntwerden den Postanstalten laufend mitgeteilt. Der Reichspostminister sagte zu, daß er auch weiterhin gerne die Bestrebungen unterstützen werde, die darauf gerichtet sind, den Versand von Schund- und Schmutzschriften zu unterbinden. Es wird nunmehr Sache der örtlichen Postanstalten sein, durch Wachsamkeit und schnelles Zupacken diese erfreuliche Haltung des Ministers praktisch wirksam werden zu lassen.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Schwere Schießerei in Ohligs

Gestern kurz vor 16 Uhr kam es, nach der Darstellung von Wolffs Westdeutschen Provinzdienst, an der Stempelstelle in der Nähe des Ohligser Rathauses zu Zusammenstößen zwischen einigen Nationalsozialisten und Kommunisten. Es entspann sich eine kurze Auseinandersetzung, bei der ein Nationalsozialist sofort zu der Waffe griff und dabei einige Schüsse abgab. Dadurch wurden drei angeblich an den Auseinandersetzungen nicht beteiligte Leute verletzt, zwei davon so schwer, daß sie sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Lebensgefahr besteht jedoch nicht. Anschließend zogen die Kommunisten zur nationalsozialistischen Geschäftsstelle in der Kreuzstraße, wo sie die Schaufenster zertrümmerten und die Hakenkreuzfahne herunterholten. In diesem Augenblick erschien ein Schutzpolizist, der aus seinem Revolver mehrere Schreckschüsse abgab und die etwa 300köpfige Menge bis zum Eintreffen des Ueberfallkommandos in Schach hielt.

Solingen. Keine Unregelmäßigkeiten beim Gaswerk. Der Fall Schuhmacher ist jetzt durch eine amtliche Erklärung erledigt worden. Bekanntlich war dem Betriebsdirektor Schuhmacher vorgeworfen worden, er habe Rabatte auf Gasmesser nicht in Anspruch genommen oder für sich verwendet. Schuhmacher wurde zur Disposition gestellt und eine Untersuchung eingeleitet. Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung liegt jetzt in einer Erklärung vor. Danach ist die schwebende Disziplinaruntersuchung durch die Festsetzung einer Ordnungsstrafe in Höhe des halben Monatsgehaltes abgeschlossen erledigt. Schuhmacher wurde aufgefordert, seinen Dienst wieder anzutreten. Die Ordnungsstrafe wurde wegen seines nicht ganz korrekten Verhaltens in einer anderen Angelegenheit verhängt.

Wuppertal

Wuppertaler Firma erhält Aufträge für den Völkerbundspalast

Die Barmer Firma Winkelsträter & Sure hat in Gemeinschaft mit zwei anderen deutschen Firmen und einer italienischen den Auftrag zum Bau der Heizungs- und Entlüftungsanlagen in dem neuen Völkerbundspalast erhalten. Die Gesamtsumme für den Auftrag beläuft sich auf 2½ Millionen Schweizer Franken, sodaß auf die Barmer Firma ein Viertel dieser Summe entfällt.

Unbefriedigendes Ergebnis der Wuppertaler Sonderverkaufstage

Die Sommer-Sonderverkaufstage des Elberfelder Textilgroßhandels haben den Erwartungen nicht entsprochen. Obwohl ein verhältnismäßig großer Publikumsverkehr zu verzeichnen war, standen die Käufe in keinem Verhältnis zum Andrang. Gekauft wurden in der Hauptsache Sommerartikel zu den denkbar niedrigsten Preisen. In der Damenkonfektion herrschte Nachfrage nach Waschkleidern und billigen Herrenstoffmänteln.

Oberbergisches

Politischer Ueberfall

Dienstagabend gegen 11 Uhr, wurde eine 35 Mann starke nationalsozialistische Gruppe zwischen Erlenhagen und Gummersbach von Kommunisten überfallen. Die Nationalsozialisten, die von einer Versammlung in Dümmlinghausen kamen, wurden mit Rot-Front-Rufen empfangen. Als sie mit dem Hitlergruß antworteten, stürzten die Kommunisten mit Zaunlatten, Baumästen und schweren Knüppeln über sie her, sodaß im Augenblick ein furchtbarer Kampf tobte. Von schweren Schlägen getroffen, sanken mehrere Beteiligte bewußtlos zusammen. Daraufhin zogen sich die Kommunisten auf ein Kommando an den Waldrand zurück und eröffneten das Feuer. Etwa 15 bis 20 Schuß fielen. Drei Nationalsozialisten wurden erheblich verletzt. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint der Ueberfall sorgfältig vorbereitet gewesen zu sein, was daraus hervorgeht, daß die Nationalsozialisten trotz der geheimen Vereinbarung, einen Umweg zu machen, mit den Kommunisten zusammentrafen. Zwei Personen wurden festgenommen.

Köln

Dramatische Festnahme

Auf dem Gelände der Reichsbahndirektion Köln gelang es der Reichsbahnüberwachung einen verdächtigen jungen Mann festzunehmen, der sich alsbald in Widersprüche verwickelte und mit Bahnräubern in Verbindung zu stehen schien. Man nahm also diesen, wie sich später herausstellte, erst Neuzehnjährigen, mit. Als man ihn bis zur Kriminalwache gebracht hatte, zog er blitzschnell eine Pistole aus der Tasche und feuerte auf sich selbst. Mit einem gefährlichen Bauchschuß brach der junge Mann zusammen und wurde in hoffnungslosem Zustand ins Bürgerhospital gebracht.

Köln. Zwischen Hauswand und Zugmaschine. Morgens kurz nach 11 Uhr ereignete sich in der Machabäerstraße ein aufregender Vorfall. Dort war eine Zugmaschine in einen Lichtschacht gefahren, wobei der Führer von der Maschine stürzte und zwischen Hauswand und Motor geriet. Schnell hatte sich in der belebten Straße eine große Menschenmenge angesammelt, die aber keine Möglichkeit sah, den unglücklichen Führer aus seiner furchtbaren Lage zu befreien. Man alarmierte schließlich die Feuerwehr, die nach einstündiger Tätigkeit den Mann schwerverletzt bergen und ins Krankenhaus schaffen konnte.

Köln. Aachen—Köln—Aachen in gestohlenem Luxuswagen. Früh gegen 5 Uhr wurde der Chauffeur einer herrschaftlichen Limousine angehalten, da der Polizeibeamte die Erscheinung des Fahrers mit dem Auto nicht in Einklang zu bringen vermochte. Und er hatte sich nicht getäuscht. Der Chauffeur, der ohne Ausweispapiere war, mußte die unfreiwillige Fahrt zum Weidenbach antreten, wo sich bald herausstellte, daß es sich um den Sohn eines ehrbaren Aachener Bürgers handelt, der ständig gestohlene Autos zu Schwarzfahrten benutzt. Von Aachen hat er die Reise in einem entwendeten Wagen nach Köln angetreten und hier gegen ein Kölner Fahrzeug vertauscht. Schon am 16. d. M. hatte er eine Fahrt nach Köln unternommen, war aber unterwegs mit einem Kölner Lieferwagen zusammengestoßen und unerkannt entkommen. Ein hiesiger Fabrikant hat inzwischen sein Fahrzeug wieder in Empfang genommen.

Die Bluttat in Köln-Bickendorf

Der schwerverletzte Wirt gestorben

Wie berichtet, ist in der Nacht zum Samstag ein Wirt in der Venloer Str. in Köln von einem maskierten Mann niedergeschossen worden. Der schwerverletzte Wirt ist inzwischen an den Folgen der Bauchschüsse gestorben. Bis zur Stunde ist der Schleier dieses mysteriösen Vorfalls noch nicht gelüftet. Keinerlei Anhaltspunkte liegen vor, die auf einen Racheakt oder einen Raub schließen lassen. Es wurde lediglich festgestellt, daß am Vorabend ein junger Mann in auffälliger Weise das Lokal besichtigte. Eine Zeugin will gehört haben, daß eine Frau noch dem Mörder zugerufen hat: „Lauf, lauf!" Es wird daher angenommen, daß die Frau mit dem Täter in Verbindung steht.

Westdeutsches

Essen. Frische Fische, gute Fische. Einem Anwohner im Ruthertal wurden aus einem Teiche für 200 Mark Fische gestohlen. Nach eifrigen Bemühungen der Polizei ist es jetzt gelungen, den Diebstahl aufzuklären. Als Täter kommen zwei in der Nachbarschaft des Geschädigten wohnhafte Brüder in Frage, die einen Teil der gestohlenen Fische an ein Hotel in Werden verkauft hatten, wo sie am Sonntag auf der Speisekarte verzeichnet waren. Die Diebe wurden festgenommen.

Münster. Auflösung des Aufruhrschädenausschusses in Münster. Wie die Regierungspressestelle mitteilt, wird der Aufruhrschädenausschuß Münster zum 1. Juli 1932 aufgelöst. Die Zuständigkeit des aufgelösten Ausschusses Münster geht auf den Ausschuß in Gelsenkirchen über, der vom 1. Juli 1932 ab zur Entscheidung über Sachschäden, die bei einem Aufruhr entstanden sind, für den ganzen Regierungsbezirk Münster zuständig ist. Die Aufruhrschädenausschüsse sind gebildet auf Grund des sogenannten Tumultschädengesetzes von 1920 zur Entscheidung über die Entschädigungsforderungen von Personen, die bei öffentlichen Unruhen Sachschäden erlitten haben. Die Entscheidung in Personenschädensachen ist den Versorgungsämtern übertragen.

Cleve. 77jährige stürzt sich in einen Brunnen. In einem Anfall von geistiger Umnachtung stürzte sich hier eine 77 Jahre alte Frau in einen Brunnen, aus dem sie nur tot geborgen werden konnte. Die Holzschuhe hatte die Greisin vor dem Verzweiflungsschritt ausgezogen und an den Brunnenrand gestellt.

Cochem. 6 Fuder Wein in die Mosel abgeschwommen und ausgelaufen. An der Bruttiger Fähre stürzte ein Motorzug, der 11 Fuder Wein = 8000 Liter nach Bochum zu befördern hatte, infolge eines Verkehrsunglücks über die 6 Meter hohe Böschung hinunter in die Mosel. Der Motorwagen, auf dem 6 Fuder Wein verfrachtet waren, kam steil die Böschung hinunter zu liegen. Die Vorderwand des Motorwagens ist infolge des starken Druckes der Fässer beim Absturz eingedrückt worden, so daß die Fässer in den Fluten der Mosel restlos versanken und dann mit Windeseile fortgetrieben wurden. Zwei weitere Fuder Wein auf dem Anhänger, der an dem oberen Rand der Böschung hängengeblieben war, liefen auf der Straße aus. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu beklagen.

Rüsselsheim. Ein Zwillingspaar feiert den 81. Geburtstag. Hier konnten die Zwillingsschwestern Witwe Elise Klingelhöfer und Witwe Susanne Schmitt, beide hier wohnhaft, in bester Gesundheit ihren gemeinsamen 81. Geburtstag feiern. Es ist gewiß selten, daß Zwillingsschwestern gemeinsam so alt werden.

Gemen. Leichenfund. Am Mittwochmorgen gegen 5 Uhr wurde in der Gemener Haard an der Stuwenwiese eine männliche Leiche bei Ablassen des hohen Wasserstandes geborgen. Am Abend vorher hatte man Kleidungsstücke am Ufer gefunden, doch verlief die Suche nach dem Ertrunkenen zunächst ergebnislos. Die Personalien konnten noch nicht festgestellt werden. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß der Ertrunkene aus hiesiger Gegend stammt, da er Holzschuhe und bäuerliche Kleidung trug.

Ein frühgeschichtliches Bergwerk

in der Eifel-Hochebene

Die in Kircheseh bei Mayen im Beisein eines Archäologen unternommenen Nachforschungen nach Funden frühgeschichtlicher Herkunft führten zu interessanten Feststellungen, die den Beweis erbringen, daß sich auf dieser Hochebene eine ausgedehnte frühgeschichtliche Siedlung befunden hat. Auf einem Grundstück wurden umfangreiche Gebäudefundamente freigelegt, deren Material noch gut erhalten ist. Die Funde deuten darauf hin, daß in dieser Gegend bereits in frühgeschichtlicher Zeit ein Blei- und Kupfererzbergwerk betrieben wurde. Diese Annahme wird auch durch die Freilegung eines Brandgrabes bei Schloß Bürresheim bestätigt, wobei gleichzeitig prachtvolle Stücke von Bleiblende und Kupfererzen entdeckt wurden. Die Nachforschungen werden jetzt nach der Richtung hin fortgesetzt, zu erfahren, wie diese hochgelegene Siedlung mit Wasser versorgt wurde.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Kohlenplünderern

50 Festnahmen in Duisburg-Meiderich

Die Polizei in Duisburg-Hamborn schritt am Dienstagabend gegen Kohlenplünderer, die die Zechenhalden der Schachtanlage 4-8 der Vereinigten Stahlwerke in Meiderich heimsuchten, ein. Mehrere Dutzend Personen hatten die Halden betreten, um in mitgebrachten Säcken usw. die dort lagernden Kohlen zu verpacken und wegzuschleppen. Als ein Ueberfallkommando erschien, wurde es aus dem Hinterhalt beschossen. Die Polizei sah sich veranlaßt, das Feuer zu erwidern und gegen die Menge vorzugehen. Es wurden 50 Personen festgenommen. Auf Seiten der Polizei ist niemand verletzt worden. Ob aus der Menge jemand verwundet wurde, konnte noch nicht festgestellt werden.

Schwerer Gerüsteinsturz am Essener Stausee

5 Arbeiter schwer und 3 leicht verletzt

Am Mittwochmorgen gegen 11 Uhr stürzte an einer Baustelle am Essener Stausee gegenüber der Gustavburg ein Baugerüst ein. Hierbei wurden acht Arbeiter zum Teil schwer verletzt. Sie wurden den beiden Krankenhäusern in Werden zugeführt. Während drei Leichtverletzte nach Anlegung von Verbänden entlassen werden konnten, mußten die anderen fünf im Krankenhause verbleiben. Lebensgefahr besteht bei keinem. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet

Ueberbrückungskredit für die Landesbank der Rheinprovinz

1,5 Mill. RM. von der Reichsbank für einen Monat

Wie wir erfahren, hat die Reichsbank der Landesbank der Rheinprovinz einen Ueberbrückungskredit in Höhe von 1,5 Mill. RM. zur Verfügung gestellt, durch den die am Halbjahresultimo fälligen Zinsen sichergestellt werden sollen, da die hierfür erforderlichen Beträge bei den Kommunen zum Teil erst nach dem 1. nächsten Monats eingehen. Die Laufzeit dieses Ueberbrückungskredits ist mit einem Monat in Aussicht genommen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Eine Wiesenmeliorationsgenossenschaft

Leverkusen-Steinbüchel, 30. Juni. Um etwa 45 Morgen (später evtl. mehr) Wiesengrund in Ackerland zu verwandeln, haben 20 Interessenten in Steinbüchel eine Meliorationsgenossenschaft ins Leben gerufen. Diese erste größere Wiesenmeliorationsarbeit im jetzigen Stadtgebiet soll von 20 Erwerbslosen aus Steinbüchel durchgeführt und am 15. Juli begonnen werden. Man hofft, bis zur Auszahlung der staatlichen Gelder einstweilen einen städtischen Zwischenkredit zu bekommen.

Die Rabattmarkendiebe

Leverkusen, 30. Juni. Vor einiger Zeit wurden in einer hiesigen Druckerei etwa 120 000 Rabattmarken des Rabattmarkensparvereins gestohlen und in Wiesdorfer Geschäften zum Teil eingelöst, wobei die Täter erwischt wurden. Vor dem Schöffengericht in Düsseldorf erhielt der Anstifter, der wegen Diebstahls nicht verfolgt werden konnte, weil von seiner Verwandten, der Druckereibesitzerin, kein entsprechender Antrag gestellt worden ist, wegen Beihilfe zum Betrug drei Monate Gefängnis. Die beiden anderen Täter wurden wegen Hehlerei und Betrugs zu vier und zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein Auto überschlug sich

Langenfeld, 30. Juni. In den späten Abendstunden des Dienstags löste sich an einem aus Richtung Ohligs kommenden Wagen gegenüber der Wirtschaft Kulemann in Langenfeld ein Reifen. Dadurch geriet der Wagen ins Schleudern und überschlug sich. Von den Insassen erlitt eine Person leichte Verletzungen im Gesicht, eine zweite schwere Hautabschürfungen ebenfalls im Gesicht, während eine dritte Person anscheinend innere Verletzungen davontrug. Der Wagen wurde schwer beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Der Blitz schlug ein

Langenfeld, 30. Juni. Dienstag nachmittag entlud sich ein kurzes, schweres Gewitter über Langenfeld, das von einer starken Regenschauer begleitet war. Wie nachträglich festgestellt wurde, schlug der Blitz in drei verschiedenen Häusern ein, einmal in das Engels'sche Haus an der unteren Hauptstraße, wo die Hausfront eingedrückt wurde, weiter in einen Kamin einer danebenstehenden Metzgerei und außerdem in das Anwesen des Kunsthändlers Knipp auf der oberen Hauptstraße. Glücklicherweise war es ein kalter Schlag, der nicht zündete.

Die kaufmännische Reichsbahn

Die Reichsbahn-Direktion hat in einem hübschen Heftchen, das den Titel „Fahr mit!" trägt, in anschaulicher Weise die zeitgemäßen Fahrpreis-Vergünstigungen zusammengestellt. Da ist zu lesen von der 33⅓prozentigen Ermäßigung bei den Sonntags- und Mittwochsrückfahrkarten über Antritt und Beendigung der Reise und über die gestatteten Fahrtunterbrechungen. Da wird darauf aufmerksam gemacht, daß zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten die Gültigkeit der Sonntagskarten bedeutend verlängert wird. Besondere Vorteile bieten die wahlweise gültigen Karten mit mehreren Zielbahnhöfen, sogenannte Wanderkarten. Da wird hingewiesen auf Gesellschaftsfahrten, wobei von 15 Personen an eine 25prozentige und von 51 Personen an eine Ermäßigung von 33⅓ Prozent eintritt, wobei noch 1 bezw. 2 Freikarten verausgabt werden. Zu lesen ist ferner über Verwaltungssonderzüge mit einer 40- oder 50prozentigen Ermäßigung an die Nord- oder Ostsee, in den Schwarzwald oder ins bayerische Hochgebirge usw., über Sonntagsausflugs- und Wochenendzüge und über Schul- und Jugendpflegefahrten und zuletzt über Sommerurlaubskarten mit 20 Prozent Ermäßigung bei 200 km. Mindestentfernung. Und auf jeder Seite sind hübsche Illustrationen, die die Reiselust in hohem Maße anregen.

Das Rätselraten um Lausanne

Zu dem Verlauf der gestrigen Sitzung ist noch festzustellen, daß die politischen Dispositionen der verschiedenen Delegationen eine Beschleunigung der Verhandlungen notwendig machen. Die englischen Minister haben eine baldige Abreise als notwendig bezeichnet, weil sechs oder sieben ihrer Kabinettskollegen am 13. kommenden Monats nach Ottawa abfahren müssen. Die parlamentarische Inanspruchnahme Herriots ist bekannt. Chamberlain ist bereits gestern abend abgereist. Wenn es der Verlauf der Konferenz möglich macht, wird auch der Reichskanzler vermutlich morgen nach Berlin fahren, um am Montag nach Lausanne zurückzukehren.

Inzwischen tagen zwei Ausschüsse, von denen der eine unter der Bezeichnung „Büro" unter dem Vorsitz MacDonalds steht und sich mit dem Material zu der Reparationsfrage und mit der Ausarbeitung bestimmter Vorschläge in kürzester Frist (etwa zwei bis drei Tage) zu befassen hat. Der zweite Ausschuß, der unter dem Vorsitz Hymans' steht und die wirtschaftlichen Fragen bearbeitet, hat seine Sitzungen bereits gestern begonnen und wird sich bemühen, das Material von Lausanne für die künftige Weltwirtschaftskonferenz auszuweiten; diese Ausschüsse dürfen jedoch nicht verwechselt werden mit dem Vorbereitenden Komitee für die Weltwirtschaftskonferenz als solches, da sie nur von den sechs einladenden Mächten und im Zusammenhang mit den hiesigen Aufgaben beschickt werden.

Von deutscher Seite nimmt der Reichsfinanzminister an dem Büro, der Reichswirtschaftsminister an dem Handelsausschuß teil. Die Verhandlungen gehen inzwischen weiter. Die deutsche Delegation bleibt ebenso wie die übrigen Delegierten in Lausanne, ohne ihre Tätigkeit und ihre wechselseitigen Verhandlungen zu unterbrechen.

Der gestern nachmittag konstituierte Ausschuß für Wirtschaftsfragen hielt am abend noch eine mehr als dreistündige Sitzung ab, in der die Elemente für einen Bericht studiert worden sind, der heute redigiert werden soll. Dabei wurden Vorschläge über die künftigen Arbeiten auf dem Wirtschafts- und Finanzgebiet sowie über die Arbeitsmethoden geprüft.

MacDonald gab auf der Lausanner Konferenz in der Mittwochnachmittagsitzung Kenntnis von den eingelaufenen Zustimmungen anderer Konferenzstaaten zu der Fünfmächteerklärung über die Aussetzung der Reparationszahlungen während der Konferenzdauer. Er erklärte, er könne nicht mitteilen, daß eine vollständige Vereinbarung zustandegekommen sei, aber er glaube, daß eine gewisse Uebereinstimmung in einzelnen Punkten herbeigeführt sei. Dann betonte er, daß eine Uebereinstimmung darüber hergestellt worden sei, daß Deutschland gegenwärtig nicht in der Lage sei, Reparationen zu zahlen. Er betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Lösung der Tributfrage.

Gegenüber den vielfachen falschen Auslandsmeldungen über die angeblichen deutschen Pläne hat die deutsche Abordnung eine Reihe sehr scharfer Dementis erlassen, die sie sogar in der Pressezentrale der Konferenz als Anschlag anbringen ließ.

Gegenüber einer von ausländischer Seite von Lausanne aus verbreiteten Nachricht, wonach die deutsche Delegation sich bereit erklärt habe oder erklären wolle, ein Angebot in Höhe von drei Milliarden Reichsmark als Abschlagszahlung anzunehmen, wird von autorisierter Seite aufs kategorischste erklärt, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren.

Die Pariser Morgenblätter verfügen nur über sehr unbestimmte Informationen über den ganzen Verlauf der Mittwochaussprache in Lausanne, da sich die Führer der französischen Abordnung bisher strengste Zurückhaltung über das Ergebnis der letzten Zusammenkünfte auferlegt haben. Nichtsdestoweniger spricht man jedoch allgemein von einer wesentlichen Entspannung und teilweise sogar von einer sensationellen Wendung in den Verhandlungen.

Die Pariser Presse rechnet fest mit dem bevorstehenden Abbruch oder der Vertagung der Lausanner Konferenz und bemüht sich vorsorglich, Deutschland die Schuld für das Scheitern in die Schuhe zu schieben.

Havas will in den gestrigen Verhandlungen in Lausanne eine günstige Wendung feststellen können. MacDonald habe die Vertreter der Gläubigermächte befragt, ob sie bereit wären, auf die ihnen zukommenden Youngplanannuitäten zu verzichten, damit Deutschland eine Pauschalsumme leisten könne. Sämtliche Gläubiger hätten sich für diese Lösung ausgesprochen.

Das deutsche Communique zur Richtigstellung der französischen Version über die Lausanner Verhandlungen wird von der römischen Abendpresse unter großen Ueberschriften veröffentlicht, wie „Deutschland verlangt die Revision des Versailler Vertrages als Voraussetzung für die Schlußzahlung auf Reparationskonto". Die Korrespondenten stellen lediglich übereinstimmend fest, daß mit dem Communique der deutschen Delegation das Problem der Lausanner Konferenz aus der technisch-wirtschaftlichen Phase in eine politische Phase eingetreten sei.

Das deutsche Communique, das eine Richtigstellung irreführender französischer Presseberichte bedeutet, hat in englischen parlamentarischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt. Snowden gab in der Oberhausdebatte der Hoffnung Ausdruck, daß die Lausanner Beratungen zu einer Regelung der Kriegsschulden und der Reparationen führen werden.

Die englischen Berichte aus Lausanne beurteilen die Auswüchse der Konferenz etwas günstiger. Zugleich beschäftigt sich die englische Presse eingehend mit den Erklärungen des Reichskanzlers über die Aufhebung der Diskrimination des Versailler Vertrages.

Der „Times"-Korrespondent meldet aus Lausanne, daß das Schicksal der Konferenz wahrscheinlich bis heute abend entschieden werde.

Senator Borah erklärte im amerikanischen Senat es wäre unmöglich, eine Weltwirtschaftskonferenz, wie geplant, abzuhalten, da Lausanne offenbar mit einem Mißerfolg geendet habe.

Das Neueste

Wie verlautet, besteht in deutschen Regierungskreisen der Plan, eine einheitliche Zusammenfassung der Rundfunkgesellschaften und die Schaffung einer Reichssendegesellschaft durchzuführen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in einem Schreiben an Abg. Dr. Frick die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages verlangt.

Verlag und Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" haben anläßlich des Ersuchens des Reichsinnenministers an den preußischen Innenminister um ein fünftägiges Verbot des Blattes ein Schreiben an den preußischen Innenminister gerichtet, indem sie ihn bitten, dem Ersuchen des Reichsinnenministers keine Folge zu leisten.

Auf einer außerordentlichen Tagung des Reichsarbeiterbeirats des Zentrums in Köln sprachen der bisherige Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald und der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer. Die Tagung fand ihren Ausgang in einem Aufruf, der die politische Situation eindeutig umreißt und der Regierung Schleicher-Papen ein unbedingtes Nein entgegensetzt.

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz fordert, daß Ausnahmebestimmungen gegen die Anhänger der NSDAP, insbesondere das Verbot für Beamte, die sich zum Nationalsozialismus bekennen, unverzüglich aufgehoben werden.

Geheimrat Hugenberg hat an den Reichsinnenminister ein Telegramm gerichtet, in dem der deutschnationale Parteiführer aufs schärfste gegen das „schroffe Vorgehen" der Polizei bei der Berliner Versailles-Kundgebung protestiert und um Maßnahmen zum Schutz der nationalen Bevölkerung ersucht.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front veröffentlicht einen Aufruf, der sich u. a. gegen eine Machtergreifung der Nationalsozialisten wendet und besagt, der 31. Juli sei „ein Schicksalstag im Freiheitskampfe des deutschen Volkes". Die „Männer und Frauen des schaffenden Volkes" werden zum Schluß aufgerufen, sich „um das Freiheitsbanner der Eisernen Front" zu scharen und deren Symbol, die drei Pfeile, anzulegen.

Der Senat der Stadt Bremen hat sich entschlossen, für das bremische Staatsgebiet die Schlachtsteuer durch Notverordnung einzuführen.

Nach einem Werbeumzug des Stahlhelms in Böblingen kam es zwischen Angehörigen der NSDAP und Reichsbannerleuten zu schweren Schlägereien, bei denen etwa 20 Personen verletzt wurden.

Die holländische Polizei ist einem Waffenschmuggel nach Deutschland auf die Spur gekommen, der bereits seit Wochen betrieben wurde.

Der deutsche Oberforstmeister von Bomhardt, der vor kurzem vom Metzer Strafgericht wegen Nichtachtung eines französischen Ausweisungsbefehls zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, ist gestern von der Berufungskammer freigesprochen worden.

Das englische Kabinett beschloß, im Falle der Nichtbezahlung der am 30. Juni fälligen irischen Entschädigungszahlungen sofort ein Gesetz einzubringen, wonach Sonderzölle auf irische Einfuhrwaren erhoben werden können.

Das Wetter von heute und morgen

Trocken, meist heiter, mäßige Südwinde.

Der mächtigste Goldhort Europas

Dem Pariser Korrespondenten des „Telegraaf" ist es gelungen, Zutritt zu den unterirdischen Schatzkammern der Bank von Frankreich, diesem mächtigsten Goldhort Europas, zu erlangen. Diese Bewilligung wird nur wenigen Auserwählten — und auch dann nur höchst ungern — erteilt. Im „Telegraaf" wird in einem eingehenden Artikel darüber u. a. ausgeführt:

Das technisch raffinierteste Bauwerk von Paris, die unterirdischen Anlagen der Bank von Paris, die sich im ehemaligen Palais de la Vrilliere befindet, bohrt sich in sechs Einzelabteilungen

sechsundzwanzig Meter (!) tief in den Kalksteingrund der Erde

ein. Das ist eine Tiefe, die der Höhe eines Bauwerks von sieben Stockwerken entspricht!

Ueber 90 Milliarden Frank an Gold schlummern in dieser aus Beton und Stahl ausgeführten unterirdischen Festung.

einer nach dem Urteil aller Sachverständigen „uneinnehmbaren Zwingburg des Goldes" — ihren starren und doch magnetischen Schlaf! Hier ist die mächtigste Goldmine der „Alten Welt"!

Der Lift, der steil nach unten saust und die einzige Verbindung zwischen „Oberwelt" und „Unterwelt" darstellt, läuft quer durch das Bett eines unterirdischen Flusses. Zu seinen vielen künstlichen findet er so eine weitere natürliche Sicherung. Beim Verlassen des Liftschachtes überfällt den Besucher ein überwältigendes, gänzlich neues Gefühl: das einer in dieser Intensität nie zuvor gekannten

Stille.

Der rastlose Atem der Weltstadt, Sekunden zuvor noch voll vernehmbar, ist verstummt. Es ist die Ruhe der Katakomben, die hier die Herrschaft hat. Aber in diesen modernen Katakomben ist Dunkelheit ein unbekannter Begriff. Der Wechsel zwischen Tag und Nacht hat hier keine Macht.

Unzählige Scheinwerfer

tauchen die Betongänge in eine Flut gleichmäßig strahlenden weißen Lichtes. Die Luft schmeckt köstlich: elektrische

Pumpwerke

saugen mit metallenen Kolossallungen Sauerstoff ein. Es herrscht die reine, rauchfreie Bergluft.

Der Eingang ist durch eine

Panzertur

verschlossen, die aus einem Stahlblock von 1½ Meter Dicke besteht. Nach ihrem Passieren gelangt man jedoch erst in einen Vorhof, den ein 50 Meter langer Gang durchquert. Eine Art Lokomotiv-Magnet bewegt hier einen quadratischen Würfel aus der meterdicken Betonwand heraus. Unmittelbar nach dem Passieren schließt sich automatisch lautlos die Oeffnung in der Wand wieder. Man begreift, daß die stärkste Ekrastitladung, hier zur Entzündung gebracht, als einziaen Effekt einiae Schrammen an der Außenfläche hervorrufen wird. Nach einer Kreuz- und Querwanderung durch das Labyrinth der immer wieder nach einem gewissen System sich überschneidenden Gänge steht man unvermittelt

in einem hochgewölbten Saal,

der fast den Eindruck einer Kirche erweckt. Die Bestimmung dieses Saales und seine technische Einrichtung ist sensationell. Bei einem feindlichen Angriff auf Paris kann

der gesamte Betrieb der Bank von Frankreich im Falle äußerster Gefahr in diesen 26 Meter tief gelegenen Raum versenkt

werden. Ohne jede Unterbrechung kann die Bank von Frankreich hier mit allen Kontoren, der vollzähligen Beamtenschaft und allen Büroeinrichtungen weiter arbeiten, „als ob nichts geschehen wäre"

Lebensmittel für die Dauer von 80 Tagen liegen bereit,

elektrische Küchen stehen zur Zubereitung zur Verfügung; das Wasser fließt aus einer eigenen Leitung, die nicht abgeschnitten werden kann; die Stromerzeugung erfolgt in einer von der Außenwelt völlig unabhängigen eigenen Zentrale.

Es folgt nach kurzer Wanderung

ein zweiter Saal.

Er ist zur Aufnahme der in Paris

aufbewahrten Kunstschätze des Staates im Falle ihrer Gefährdung durch Kriegswirren

bestimmt. Auf den ersten Alarm hin können binnen zwei Stunden alle Schätze des Louvre, alle Manuskripte der Bibliotheque Nationale und die kostbaren Elfenbeintafeln des Museums Cluny hier in Einzelsafes geborgen werden. Solche Einzelsafes stehen auch den französischen Banken gegen eine Jahresmiete von 30 000 Frank zur Verfügung. Hinter einem dichten Gitter befindet sich dann

der Kern des Ganzen, der Raum, wo in Barren aufgestapelt rotes Gold glänzt.

wo ganze Fässer mit gemünzten Goldstücken angefüllt sind. Der Zutritt zu diesem „Allerheiligsten" ist niemandem gestattet. Nur bei gewissen Anlässen darf ihn das Direktorium der Bank unter Beobachtung streng vorgeschriebener Richtlinien betreten.

Der „Evangelische Bund" zur Reichstagswahl

Das Präsidium des Evangelischen Bundes hat zur bevorstehenden Reichstagswahl eine Erklärung veröffentlicht, in der u. a. gesagt wird, der Evangelische Bund halte es für erforderlich, alle Kräfte dahin zu richten, „daß die auf das Zusammengehen mit den politischen Vertretern der marxistischen Revolution, des Freidenkertums und Atheismus sich gründende Vorherrschaft des Zentrums endgültig gebrochen werde". Das Zentrum habe, gebunden durch die Koalition mit dem Marxismus, dem Vordringen der Gottlosen-Propaganda nicht den nötigen Widerstand entgegengestellt.

Motorradrennen auf dem Nürburgring

Zweiter Lauf des DMV um die westdeutsche Kraftradmeisterschaft

Vor wenigen Tagen erst veranstaltete die Landesgruppe West eine Nacht-Zuverlässigkeitsfahrt auf dem Nürburgring, verbunden mit der Austragung der Clubmeisterschaft, die von den 12 anwesenden Clubmannschaften der Motorsportclub Düsseldorf-„Ost" vor der DKW-Sportvereinigung Königswinter und dem Motorsportclub „Flottweg", Dülken, gewinnen konnte.

Nunmehr rüstet man in Kreisen des westdeutschen Motorsports bereits zum zweiten Lauf um die westdeutsche Kraftradmeisterschaft für Ausweisfahrer, die am nächsten Sonntag auf dem Nürburgring ausgetragen wird.

Als Rennstrecke ist wie stets bei diesen Veranstaltungen die kleine ca. 2 Kilometer lange Betonschleife an Start und Ziel vorgesehen, auf der unsere Ausweisfahrer beim letzten Rennen schon Geschwindigkeiten von nahezu 100 Kilometer erreichten, ein Tempo, das aller Voraussicht nach am nächsten Sonntag noch überboten wird! Mit ca. 40 Nennungen war die erste Veranstaltung als voller Erfolg zu verzeichnen und man darf mit Sicherheit damit rechnen, daß auch das zweite und das am 4. September stattfindende Schlußrennen eine glänzende Besetzung aufzuweisen haben.

Das Rennen, zu dem Seitenwagen- und Solomaschinen zugelassen sind, führt für die Seitenwagenfahrer über einen Kurs von 30, für Solomaschinenfahrer über einen Kurs von 40 Runden der Betonschleife. Diese Strecke besteht bekanntlich aus den beiden Geraden an Start und Ziel und den beiden Kurven an der „Südkehre" und der bekannten „Tribünenkurve", die im letzten Winter um sechs Meter an ihrem unteren Ausgang erbreitert wurde, wodurch die Tempos dieser Kurve noch weiter gesteigert werden können. Während des Rennens ist der Nürburgring Auffahrt in Breidscheid und hinter Start und Ziel für Nürburgringbesucher weiter befahrbar. Die seitens der Nürburgringverwaltung vorgesehenen Eintrittsgelder sind so gering bemessen, daß jeder Freund des Motorsports sich diese geringe Auslage leisten kann, wobei versichert werden darf, daß dieses Motorradrennen auf der Betonschleife einen glänzenden Sport bieten wird, dessen man sich stets gerne und mit Freude erinnert.

Also: rheinische Motorsportfreunde, am Sonntag auf den Nürburgring!

Geschäftliches

85 Jahre Fußdienst

Vor fünfundachtzig Jahren, da man noch keine Schuhgeschäfte kannte, richtete Herr Anton Röseler, seines Zeichens ein ehrbarer Schuhmachermeister, in Opladen-Lützenkirchen eine Maß-Schuhmacherei ein. War er bislang über Land gezogen, um den Leuten in der Wohnung Schuhe und Stiefel nach Maß anzufertigen, so kamen die Schuhzeug-Bedürftigen jetzt zu ihm ins Haus. Die Sache florierte, sodaß sein Sohn, der Vater des Inhabers der heutigen Firma Schuhhaus Röseler, zum Verkaufe fertiger Schuhwaren überging. Unternehmungsgeist, der nun einmal durch vier Generationen in der Familie steckte, veranlaßte im Jahre 1911 auch die Eröffnung eines Schuhwarengeschäftes in Opladen, Kölner Straße 6 durch den jetzigen Inhaber, das neben dem Lützenkirchener Stammhause auf das Beste florierte. Da nur beste Qualitätsware geführt wurde, wuchs und gedieh die Firma immer mehr. Im Jahre 1930 wurde auch in Ohligs eine Verkaufsstelle eingerichtet, die gleichfalls, da die Käufer auf das Beste bedient wurden, sich bald regen Zuspruches erfreuen konnte. Auch jetzt sind vier Kinder der Familie Röseler mit dem Vater tätig, die Kundschaft immer aufs Beste zu bedienen. Sie sind nach Dr. Scholl-System in der Fußpflege ausgebildet, sodaß jedem Fußkranken Rat und Hilfe werden kann. Hierzu steht ein Röntgenapparat zur Verfügung. Aus Anlaß des 85-jährigen Geschäftsbestehens hat die Firma unter der Devise „85 Jahre Fußdienst" einen großzügigen Propaganda-Verkauf arrangiert, wobei es jedem ermöglicht ist, auf günstigste Weise seine Fußbekleidung zu erneuern und sich in den Genuß von Gutscheinen zu setzen, die eine halbjährige Laufzeit haben.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter:
i. V. Josef Maaßen, Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas,
Burscheid, Mittelstraße 10.



KARNER DER DIKTATOR

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU·SA

Karmasoff nahm wieder das Wort: „Ihre Ausführungen decken sich zum guten Teile mit unseren Gedanken. Wenn wir bisher noch nicht an den Aufbau eines Arbeitsheeres, das alle unproduktiven Kräfte erfaßt, gegangen sind, so waren es immer die uns unlösbar scheinenden Schwierigkeiten, die uns abhielten. Halten Sie es wirklich für möglich, für Rußland ein produktives Arbeitsheer einzurichten?"

„Unter der Diktatur eines Mannes bestimmt," sagte Karner fest. „Das Parlament muß ausgeschaltet werden im Interesse des Volksganzen."

Nun erhob sich der Staatspräsident, Genosse Tanoff, ein mit ausgesuchter Eleganz gekleideter, aristokratischer Herr hoch in den Dreißigern, und sagte zu Karner: „Streben Sie selber nach der Diktatur, Herr Karner?"

Karner warf Tanoff einen fragenden Blick zu. Er schien über die Frage des Staatspräsidenten verwundert.

„Habe ich das auch nur angedeutet, Herr Präsident?" sagte er ruhig. „Ich bin ohne Ehrgeiz. Ich will helfen, daß die Menschheit frei wird. Das ist mein Wille. Bringen Sie mir einen überragenden Geist, machen Sie ihn zum Diktator und geben Sie ihm alle Macht in die Hände. Ich will mit ihm zusammenschaffen, und meine Erfindung wird seine Macht stützen."

Weiter ging die Debatte.

Die Geister waren los. Die Delegierten kämpften gegen Karners Forderung.

Das Programm der Partei muß stehen! Das verlangten sie kategorisch. Rußland den Sowjets!

Karner stand wie ein Fels, den das Meer umbrandet. Voll Ruhe hörte er die Deputierten an, stand ihnen Rede, gab ihnen einen tieferen Einblick in sein Werk, schrittweise kämpfte er sich vorwärts.

Aber ein Bollwerk stellte sich ihm immer wieder in den Weg: der Sowjetgeist.

Nachts um elf Uhr schloß Genosse Gaida die Sitzung und berief die nächste Sitzung für den kommenden Tag früh neun Uhr ein.

* * *

Die Sitzung des allrussischen Kongresses wurde vom Mikrophon aufgenommen, und auch Karners Reden trug der große Sender in alle Welt.

Ganz Rußland horchte auf.

Die kühnen Gedanken des großen Karners ergriffen das unzufriedene Volk. Man war der Kommissarwirtschaft schon lange müde.

Als Karner am Abend das Sitzungsgebäude verließ, standen unübersehbare Menschenmassen vor dem Gebäude und jubelten ihm zu.

Karner stand einen Augenblick verwundert auf dem Treppenabsatz, dann riß er den Hut herunter und rief so laut, daß es über den Platz klang: „Ich grüße Rußland . . . ich will das freie Rußland!"

Ein jubelnder Schrei von den Lippen der Harrenden erbrauste. Das Wort ging von Mund zu Mund, einer sagte es dem anderen, und das Brausen wurde stärker und gewaltiger.

Tief atmete Karner auf.

Er wandte sich um und sah Karmasoff an, dessen Augen begeistert glühten.

„Das Volk ist mit mir, Herr Karmasoff," sagte er leise. „Ich glaube, wir werden es schaffen."

Und Karmasoff antwortete leise, aus dem Herzen heraus: „Ja. Aber der Diktator muß Karner heißen."

* * *

Im Hotel kam Marie-Anne ihm entgegen und umarmte ihn.

Mit feuchten, frohen Augen sah sie ihn an. „Es war ein großer Tag, ein Kampf ohnegleichen. Ich habe den Jubel des Volkes gehört. Du wirst es schaffen."

„Ja, Marie-Anne! Das Volk fühlt den Odem der Freiheit, spürt den Geist der großen neuen Zeit. Es wird mir Helfer sein. Doch jetzt muß ich erst einmal an mich denken. Morgen früh geht der Kampf weiter. Liebste, ich bin hungrig wie ein Wolf."

Arm in Arm mit der geliebten Frau schritt Karner in den Speisesaal. Maxim Donell und die beiden Michailoffs kamen ihm entgegen und beglückwünschten ihn.

„Noch nicht glückwünschen, meine Freunde!" sagte Karner. „Das Volk steht hinter mir, aber es ist nicht der allein entscheidende Faktor."

„Man wird sich Ihnen auf die Dauer nicht verschließen können, Herr Karner!" sagte Maximilian Michailoff leidenschaftlich. „Das Volk hat die Knechtschaft satt. Es wird um die Freiheit kämpfen."

„Ich will keinen Bürgerkrieg in Rußland entfesseln, Maximilian Michailoff," entgegnete Karner ernst.

„Es wird kein Blut fließen. Die Herzen wenden sich Ihnen zu, und Sie werden siegen in diesem Ringen. Menschlichkeit steht gegen Parteigeist."

* * *

Karner aß mit sichtlich gutem Appetit.

Als er mit dem Mahl zu Ende war, sagte er zu Maxim Donell: „Lieber Donell, Ihre Aufgabe wartet Ihrer. Sie ist schwer, aber ich glaube, Maxim Donell kann ich das Schwerste zumuten."

„Das können Sie, Herr Karner!" sagte der kühne Abenteurer, der einst in Englands Solde gestanden und jetzt Karner mit fanatischem Eifer diente. „Schicken Sie mich nach China, schicken Sie mich nach Indien oder in die Hölle selber . . . wenn es sein muß sogar nach England."

„Dorthin sollen Sie auch gehen, Donell."

Die beiden Männer sahen sich an.

„Ich habe das Gefühl," begann Karner, „daß die Gefahr von England kommt. Welche Gefahr, das weiß ich nicht, aber bestimmt ist viel im Gange. Und Sie sollen dort drüben Wächter sein und Warner. Ich kann Ihnen keine andere Instruktion mitgeben, als die: Reisen Sie nach England und halten Sie Augen und Ohren offen für mein Werk."

Maxim Donell nickte und nahm die dargereichte Hand.

Dann wandte sich Karner an die beiden Michailoffs.

„Sie, meine Freunde, werden in meiner Umgebung bleiben. Mein Werk steht bereits im Rohbau. Ich ließ es am Fuße des Ural errichten, als ich noch in Deutschland schaffte. Die Erzeugungsabteilung ist fertig, und wenn ich will, kann mein magnetischer Urstrom morgen schon fließen. Gespannt bin ich, was die Regierung sagt, wenn ich ihr mitteile, daß ich die russische Zentrale am Fuße des Ural errichtet habe."

„Man hat bestimmt geglaubt, sie bauen in Moskaus Nähe."

„Das hat man, Herr Donell. Es wäre von Moskau aus schwieriger gewesen, Rußland, ich meine das asiatische Rußland, voll zu versorgen, und gerade Sibirien liegt mir besonders am Herzen. Wenn es mir vergönnt ist in Rußland zu schaffen und aufzubauen, dann sollen in den nächsten Jahren die unermeßlich großen Fluren Sibiriens von Kornfeldern wogen. Der gewaltige Jenissei wird die goldene Flut durch das weiße Meer, das mein Strom eisfrei machen wird, aus dem Lande tragen. Rußland wird alle getreidearmen Länder Europas versorgen können. Die Aufgabe ist gewaltig und schön. Noch eins, meine Freunde, kann ich Ihnen mitteilen: Ich habe meine Strahlungsmaschine vollendet. Sie soll Rußlands Erzlager erschließen. Diese Maschine wird unendliche Schätze bergen. Kein Mensch wird sich bald mehr unter Tag quälen. Ich verwandle die Materie in Strahlung und ziehe sie aus dem Schoß der Erde. Dann wandle ich sie zurück in die Materie. Glauben Sie mir, meine Freunde, daß ich das erreicht habe, was der Traum der Alchemisten aller Zeiten war? Ich kann Gold machen durch meine Urkraft. Langsam wird mein Werk vorwärtsschreiten."

Seine Worte übermittlaten die Anwesenden, die wußten, daß Karner absolut offen war, daß er stets die Wahrheit sprach.

„Herr Karner," sagte Maxim Donell schwerathmend, „hat Sie niemals ein Grauen gepackt über die furchtbare Kraft, die Sie bändigten, über die Kraft, die alles vermag?"

Karner sah sinnend vor sich hin.

„Einmal . . . ja, da graute mir. Es war am Tag der Erkenntnis, in der Stunde, da es mir wie eine Binde von den Augen fiel und ich den Schluß gefunden hatte. Damit war damals meine Aufgabe aber noch nicht gelöst. Ich kannte meine Urmaschine, wußte jede Kleinigkeit der Konstruktion . . . aber ich vermochte sie nicht einzustellen. Der große Versuch der Einstellung kostete mir fast das Leben. Ich wußte nicht, daß die Gefahr so groß war. Meine Maschine arbeitet mit einer Strahlung, und diese Strahlung steht mit den gewaltigen Strahlungen des Weltalls, der Gestirne in einer Verbindung. Daraus erwachsen die Gefahren. Jetzt hoffe ich soweit zu sein, jeder Gefahr begegnen zu können. Dann, als meine Urmaschine lief, erfüllte es mich mit tiefer Befriedigung. Es war mir, als läge plötzlich das ganze Weltall offen vor mir da. Alles verstand ich, begriff ich, und in mir erwuchs der eine Wille: Helfen soll meine Erfindung. Heute sagte ich vor dem Kongreß: Mein Evangelium ist die Arbeit. Sie ist das Leben, sie macht alles aus. Gebe ich mit meiner Erfindung den Menschen Bequemlichkeit, mache ich ihnen das Dasein zur Spielerei, dann ist es aus mit der Menschheit. Aber ich will die Menschheit nicht bis zur letzten Spitze und damit zum Ende führen, ich will allen Menschen Arbeit schaffen. Sie sollen alle satt werden. Darauf kommt es mir an. Sonst will ich nichts. Ich will ihnen Land erschließen, will es furchtbar gestalten durch meine Kraft, ich will die Städte entvölkern, will der armen Kreatur wieder Land geben, Boden soll es wieder unter den Füßen haben. Damit, Maxim Donell, erschöpft sich fast mein Programm. Der nach mir kommt, mag langsam, sehr langsam weiterbauen und eine Möglichkeit nach der anderen ausschöpfen, langsam nur und nicht alles. Vor dem Tor, das das letzte Geheimnis ihren Blicken verschließt, muß die Menschheit stehen bleiben, wenn sie nicht untergehen will."

* * *

Nach dem Essen kam Karmasoff.

Karner begrüßte den sympathischen Staatsmann sehr herzlich und unterhielt sich mit ihm in Marie-Annes Gegenwart.

„Moskau ist aufs tiefste erregt, Herr Karner," sagte Karmasoff und sah Karner voll Bewunderung an. „Ihre Worte haben das Volk begeistert. Der Präsident ist entsetzt. Ich habe eben mit ihm gesprochen. Er hat mich gebeten, Sie zu veranlassen, daß Sie dem Kongreß solange fernbleiben, bis wieder Beruhigung eingetreten ist."

Karner lachte kurz auf.

„Sie sind offen, Herr Karmasoff."

„Ich bin's, Herr Karner. Die neue Zeit ist gekommen. Ich nehme sie an, ich will mich auf sie einstellen. Die anderen sträuben sich dagegen, weil ihr Leben von äußeren Dingen regiert wird. Ich sage es Ihnen, weil ich Sie für meine Person bitte, des Präsidenten Wunsch nicht zu erfüllen."

Karner nickte ruhig.

„Ich werde morgen früh anwesend sein, Herr Karmasoff."

„Wissen Sie schon, daß der amerikanische Botschafter dem Präsidenten einen Besuch abgestattet hat? Ich vermute, daß sich dieser Besuch gegen Sie richtet, Herr Karner. Amerika befürchtet wie die anderen Staaten die Diktatur Karner."

„Ich will nicht Diktator sein, Herr Karmasoff."

Der Russe stand auf. „Sie müssen Diktator sein," sagte er ungestüm. „Wer außer Ihnen wäre dem gewaltigen Amt gewachsen? Rußlands Volk hat Vertrauen zu Ihnen, Herr Karner. Es fühlt besser wie seine Vertreter, daß eine neue Zeit vor der Tür steht."

„Ich kann nicht Diktator sein. Ich will dem Volk helfen, mit ihm zusammenschaffen, damit sich meine Arbeit mit der seinen zu einem guten Ganzen vereint. Sollte es unter ihnen keinen geben, der fähig wäre, das so schwere Amt auf seine Schultern zu nehmen?"

Karmasoff schüttelte rasch den Kopf.

„Nicht einen, Herr Karner. Wir sind fähige und tüchtige Köpfe, aber keiner ist einer solchen Aufgabe gewachsen, weder ich, der es ehrlich mit seinem Volke meint, noch Kalycin, noch Gaida und Tanoff."

Karner schüttelte abermals den Kopf.

„Das vermag ich nicht zu glauben, Herr Karmasoff. Aber ich werde meine Augen offenhalten und den Mann suchen, dem ich zutraue, das schwere Amt auf sich zu nehmen."

„Sie werden keinen finden außer sich selber!" verschwor sich der Russe leidenschaftlich. „Sie haben das Vertrauen des Volkes. Nochmals sage ich es Ihnen. Das hat keiner von uns in solchem Maße. Das Volk glaubt an Sie, Herr Karner, und der Glaube kann Berge versetzen."

„Mein Amt in meinem Werk ist schwer, Herr Karmasoff, und groß ist meine Aufgabe. Kein Mensch kann über seine Kräfte."

* * *

Präsident Tanoff war in Moskau sehr unbeliebt und wurde wegen seiner zahllosen Liebesaffären, in denen er die einstigen Herrscher des Landes sicher noch bedeutend übertraf, vom Volke nie richtig respektiert.

Aber er war kein ungeschickter Diplomat und bewegte sich auf dem Parkett mit vollendeter Sicherheit. Er sprach vier Sprachen fast gleich gut.

Tanoff war heute übelgelaunt, als er das Zimmer seiner Favoritin und erklärten Geliebten, Feodora Tomary, betrat.

Feodora Tomary war eine Vollblutrussin, schlank und ebenmäßig gewachsen. Das Gesicht war blaß und zart wie aus einer Gemme geschnitten, eingerahmt von dem herrlichsten blauschwarzen Haar.

Von ganz besonderem Reiz waren die Augen, in denen es immer loderte und flammte.

Als Tanoff eintrat, richtete sie sich auf der Ottomane auf und sah ihn lächelnd und zugleich fragend an.

„Schlechte Laune heute, Tanoff?" fragte sie, und ein spöttischer Zug war um ihren Mund.

„Ja!" stieß Tanoff hervor. „Dieser Karner . . . hast du seine Reden gehört, die ganz Moskau, ja ganz Rußland verrückt machen? Diktatur fordert er, persönliche Diktatur! Und der Kongreß hört ihn ruhig an. Hätte das ein anderer gewagt . . . die Tscheka hätte Arbeit erhalten."

„Es ist ganz gut, daß der Tscheka doch etwas die Flügel beschnitten sind," sagte Feodora langsam.

Tanoff sah sie lange an. „Was willst du damit sagen?"

„Ich will damit sagen, daß mir dieser Karner, dem keiner von allen, die ich je sah, auch nur das Wasser reichen kann, imponiert. Gewaltig imponiert mir der Mann, und ich muß dir sagen, lieber Tanoff, du hast dich im Kongreß bei deinen Reden und Zwischenreden nicht gerade rühmlich aus der Affäre gezogen. Du hättest schweigen sollen. Rußland lacht über dich."

Tanoff starrte das schöne Weib an. Zorn flammte in seinen Katzenaugen auf.

Er faßte sie rauh am Handgelenk und sagte heftig: „Was fällt dir ein: Glaubst du, daß ich vor diesem Karner den kürzeren ziehen werde? Glaubst du, daß man seine unverschämten Forderungen respektieren wird? Seine überspannten Ideen kann sich kein Land zu eigen machen."

„Doch, das russische Volk wird ihm blind folgen. Die Russen sind auch heute noch religiös und ersehnen einen neuen Propheten, den sie anbeten können. Sie sind heute noch die Geduckten, und ihre Sehnsucht wäre ein milder Herr. Aber ein Herr muß es sein, zu dem sie aufschauen können, wie zu Gott selber. Und das vermögen sie bei Karner."

„Du bist überspannt, meine Liebe."

„Ueberspannt!" lockte und höhnte sie zugleich. „Ich habe klare Augen! Dieser Karner könnte mich reizen, aber . . . ich weiß, daß selbst ich viel zu wenig schön bin. Karner ist wirklich ein Mann . . . kein Tanoff!"

Der Präsident zuckte unter den letzten Worten zusammen. Seine Augenbrauen zogen sich finster zusammen.

„Wäge deine Worte, meine Liebe! Ich habe noch nicht vergessen, daß auch Feodora Tomary einmal auf der schwarzen Liste der Tscheka stand."

„Spielst du deine Macht wieder einmal aus, Tanoff?" höhnte sie. Dann schnellte sie katzenschnell empor und umschlang ihn. Sie schmeichelte mit weicher, lockender Stimme: „Tanoff, lieber, liebster Tanoff, bitte ihn zu dir. Ich bin so neugierig. Ich will ihn sehen. Ja? Morgen! Nur sehen will ich ihn, wenn du im großen Spiegelsaal mit ihm sprichst."

Italiens Luftfahrtminister Balbo in Berlin



Der italienische Luftfahrtminister Balbo (links) ist zu einem kurzen Besuch in Berlin eingetroffen, wo er von Ministerialdirektor Brandenburg (rechts) als Vertreter des Reichsverkehrsministeriums begrüßt wurde. Balbo kam aus Warnemünde, wo er mit dem deutschen Ozeanflieger Wolfgang von Gronau eine Besprechung über die geplanten Transatlantikflüge und über die Einrichtung eines regelmäßigen Luftverkehrs über den Ozean hatte